

Engagiert im Kreis Lippe



SROI-Werkstattbericht No. 1

Die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements zur Stärkung kommunaler Daseinsvorsorge

Grundlagen des Projekts:

Transdisziplinärer Forschungsansatz – zentrale Begrifflichkeiten und Konzepte – Forschungsüberblick

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

FONA

Forschung für Nachhaltigkeit

Impressum

Autor*innen

Prof.:in Dr. Andrea Walter – HSPV NRW

Tim Hübner – HSPV NRW

PD Dr. Matthias Freise – WWU Münster

Miriam Nolting – Kreis Lippe

Carl-Eric Schlehmeier – Kreis Lippe

Ann-Kathrin Habighorst – Kreis Lippe

Herausgeberin

Hochschule für Polizei und öffentliche
Verwaltung Nordrhein-Westfalen (HSPV NRW)

Haidekamp 73

45886 Gelsenkirchen

Kontakt und weitere Informationen

Prof.:in Dr. Andrea Walter

HSPV NRW

E-Mail: andrea.walter@hspv.nrw.de

Münster/Kreis Lippe März 2022

Zitiervorschlag

Walter, A., Hübner, T., Freise, M., Nolting, M., Schlehmeier, C.-E., & Habighorst, A.-K. (2022). Die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements zur Stärkung kommunaler Daseinsvorsorge. Grundlagen des Projekts: Transdisziplinärer Forschungsansatz – zentrale Begrifflichkeiten und Konzepte – Forschungsüberblick. SROI-Werkstattbericht No. 1. HSPV NRW.

Diese Publikation resultiert aus dem BMBF-geförderten Verbundprojekt: SROI – Die Sicherung des Ehrenamts für die Zukunft im ländlichen Raum (2021-2024); Förderkennzeichen: 033L236B

Copyright/Urheberrecht

Das Copyright und das Urheberrecht liegt bei den Autor*innen, d.h. Text, Grafiken und Bildmaterial sind urheberrechtlich geschützt.

Titelfotographie: Lippe Tourismus und Marketing GmbH

Titelgrafik: Ann-Kathrin Habighorst

Layout: Ann-Kathrin Habighorst

ISSN

2748-1433

Nutzungsrechte

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz.



Webseite SROI:

<https://innovationszentrum-doerentrup.de/projekte/sroi/>



SROI-Werkstattberichte | Ziel

Eine Werkstatt ist ein Ort, an dem statt unterschiedliche Fachleute zusammenarbeiten, um mit den richtigen Werkzeugen (technische) Probleme zu lösen.

In der anwendungsorientierten Forschung ist es ähnlich: Um für komplexe Probleme Lösungsansätze zu entwickeln, braucht es die Zusammenarbeit von Expert*innen – und zwar aus Wissenschaft und Praxis. Manchmal ist es dabei gar nicht so einfach, das passende Werkzeug für ein vorliegendes Problem zu finden. Manchmal muss vielleicht sogar überlegt werden, ob nicht ein neues Werkzeug, ein neuer Ansatz entwickelt werden muss.

Genau dies passiert im Projekt SROI. Ziel ist es hier, im Forschungszeitraum (2021-2024) gemeinschaftlich mittels der Verbundpartner*innen aus Kommune und Wissenschaft Handlungsansätze zu erarbeiten, wie das Ehrenamt in ländlichen Räumen vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Entwicklungen gestärkt werden kann, um die Daseinsvorsorge vor Ort zukunftssicher aufzustellen. In der Reihe SROI-Werkstattberichte werden dazu die Werkzeuge und Arbeitshilfen des Projekts vorgestellt (Forschungsansatz, zentrale Begrifflichkeiten und Konzepte, methodische Zugänge), genauso wie die Produkte, die im Rahmen der gemeinsamen Arbeit, in der Werkstatt vor Ort bzw. dem Reallabor Kreis Lippe entstehen (z.B. empirische Ergebnisse, Workshop-Dokumentationen).



Inhalt

1	Einleitung	4
2	Das Verbundprojekt und sein Forschungsansatz	5 – 7
	2.1 SROI im Profil	5
	2.2 Transdisziplinärer Forschungsansatz	6
3	Zentrale Begrifflichkeiten und Konzepte des Projekts	8 – 15
	3.1 Kommunale Daseinsvorsorge	8
	3.2 Ländliche Räume	11
	3.3 Bürgerschaftliches Engagement	14
4	Die Bedeutung Bürgerschaftlichen Engagements in der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen	15 – 21
	4.1 Funktionen und Herausforderungen von bürgerschaftlichem Engagement in ländlichen Räumen	15
	4.2 Die Rolle Engagierter in der Daseinsvorsorge	18
	4.3 Das Verhältnis von Kommune und Organisationen/Engagierten in der Daseinsvorsorge (Governance)	19
5	Forschungsüberblick: Bürgerschaftliches Engagement in ausgewählten Handlungsfeldern der Daseinsvorsorge	21 – 26
	5.1 Brandschutz und technische Hilfeleistung	21
	5.2 Mobilität	23
	5.3 Nahversorgung	25
6	(Zwischen-)Fazit und Ausblick	27
	Literatur	28

1 Einleitung

Für die kommunale Daseinsvorsorge ist bürgerschaftliches Engagement unverzichtbar. Ohne Menschen, die in ihrer Freizeit Bürgerbusse steuern, als Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Tag und Nacht Einsätze absolvieren oder gemeinsam Dorfläden betreiben, könnten in vielen ländlichen Räumen die Angebote der Daseinsvorsorge kaum aufrechterhalten werden. Viele Angebote der Mobilität, im Zivil- und Brandschutz oder in der Nahversorgung wären sogar in ihrer Existenz gefährdet.

Doch strukturelle und demographische Entwicklungen machen dem Ehrenamt zunehmend zu schaffen: Organisationen als Träger von Engagement beklagen Nachwuchsmangel und das Fehlen ehrenamtlicher Führungskräfte, Engagierte fühlen sich nicht in Entscheidungsprozesse eingebunden oder bisweilen überfordert in der Ausübung ihrer freiwilligen Tätigkeit (z.B. im Umgang mit Bürokratie wie dem Nachgehen von Berichtspflichten bei Förderanträgen oder der Umsetzung von Vorgaben bei der Durchführung von Veranstaltungen). Außerdem befinden sich viele Kommunen in einer desolaten Finanzlage – eine Situation, die sich aufgrund der aktuellen Corona-Entwicklungen in den nächsten Jahren kaum entspannen, sondern wohl eher noch verschärfen wird.

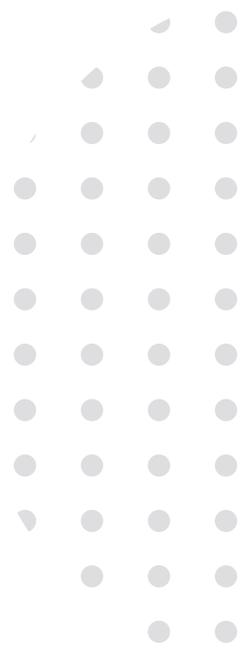
Das Forschungsprojekt SROI widmet sich vor diesem Hintergrund der Frage, vor welchen konkreten Herausforderungen Engagierte und ihre Organisationen im Kontext der Sicherstellung der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen aktuell stehen, welche Formen der Unterstützung bürgerschaftliches Engagement benötigt und welche Erfolgsfaktoren eine gute Zusammenarbeit zwischen Kommune und Organisationen bzw. Engagierten prägen.

Das Projekt versteht Engagierte explizit nicht als Lückenbüßer*innen zur Kompensation fehlender kommunaler Ressourcen und Rückbaubestrebungen kommunaler Infrastruktur. Vielmehr liegt SROI das Verständnis zugrunde, dass wirksame Engagementförderung bedeutet, Engagierte in ihrer Motivation und ihrem individuellen Gestaltungswillen (der Eigenlogik bürgerschaftlichen Engagements) zu unterstützen und Wege zu eröffnen, wie alltägliche Herausforderungen für Engagierte und ihre Organisationen bewältigt werden können. Auf dieser Basis kann das Engagement und damit verbunden auch die Lebensqualität in ländlichen Räumen gestärkt werden.

Ziel und Aufbau des Werkstattberichts

Der vorliegende Werkstattbericht widmet sich den konzeptionellen Grundlagen des Forschungsvorhabens: Dazu zählt einerseits die Darstellung des transdisziplinären Projektansatzes, der die Arbeitsweise zwischen den Verbundpartner*innen für das auf drei Jahre ausgerichtete Forschungsvorhaben erläutert (Kap. 2). Zudem werden zentrale Begrifflichkeiten und Konzepte definiert, mit denen das Projekt operiert: kommunale Daseinsvorsorge, ländliche Räume und bürgerschaftliches Engagement (Kap. 3).

Kapitel 4 fokussiert dann auf die Aufarbeitung der Forschungsliteratur zur Rolle des bürgerschaftlichen Engagements in der Daseinsvorsorge und hier speziell in den drei ausgewählten Handlungsfeldern Mobilität, Nahversorgung sowie Brandschutz und technische Hilfeleistung – die Basis für die Fortentwicklung des Forschungsdesigns.



2 Das Verbundprojekt und sein Forschungsansatz



Abb. 1 Projektteam SROI

Quelle: Kreis Lippe

In diesem Abschnitt wird das Forschungsprojekt im Hinblick auf seine Ziele und den Prozess der Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Verbundpartner*innen dargestellt.

2.1 SROI im Profil

Ziel und Verbundpartner*innen

Das Forschungsprojekt untersucht in der Modellregion Kreis Lippe, inwiefern bürgerschaftliches Engagement Stärkung benötigt wird, um die Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen zukunftssicher aufzustellen. Im Fokus stehen dabei die drei Handlungsfelder mit jeweils ausgewählten Engagementformaten: Brandschutz (Freiwillige Feuerwehren), Mobilität (Bürgerbusse) und Nahversorgung (Dorfläden).

Modellregion Kreis Lippe

Der Kreis Lippe, im Land des Hermann und des Teutoburger Waldes, ist eine ländliche Region in Nordrhein-Westfalen, die sich zum Ziel gesetzt hat, das Ehrenamt vor Ort zu stärken, zu fördern und zu vernetzen, um die kommunale Daseinsvorsorge zukunftssicher aufzustellen. Das Kreisgebiet gliedert sich in 10 Städte und 6 Gemeinden und beheimatet etwa 350.000 Menschen.

Bürgerschaftliches Engagement ist ein fester Bestandteil der Geschichte im Kreis Lippe und bildet eine Grundfeste des Zusammenlebens. Doch auch in Lippe stehen Engagierte und Organisationen vor vielen Herausforderungen, wie demographischen Trends in Form von Abwanderungsprozessen und Altersstrukturveränderungen oder Bürokratisierungshürden.

Mit dem Zukunftskonzept 2025 möchte der Kreis Lippe diesen und auch künftigen Herausforderungen begegnen. Dabei besitzt das bürgerschaftliche Engagement einen hohen Stellenwert und wird in dieser Form im Handlungsfeld „Miteinander fördern: Bürgerschaftliches Engagement stärken“ aufgegriffen. Mit Angeboten für Bürger*innen, wie dem kreiszugehörigen Ehrenamtsbüro, wurden so bereits wichtige Anlaufstellen für die Anliegen Engagierter geschaffen. Diese Arbeit soll nun im Projekt SROI durch eine wissenschaftliche Herangehensweise ergänzt werden, um passgenaue Ansätze zu erarbeiten, wie strukturellen, demographischen und administrativen Veränderungen im bürgerschaftlichen Engagement wirksam begegnet werden kann.

Beteiligte im Projekt sind die beiden Verbundpartner, der Kreis Lippe (Innovationszentrum Dörentrup) und die Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen (HSPV NRW), sowie die Westfälische Wilhelms-Universität Münster (WWU – Institut für Politikwissenschaft) als assoziierter Partner.

Gemeinsames Ziel ist es, innovative Ideen und Ansätze zu entwickeln, wie gute Rahmenbedingungen für Engagierte und ihre Organisationen geschaffen werden können und welche Faktoren eine wirkungsvolle Zusammenarbeit zwischen Kommunen und Organisationen bzw. Engagierten ermöglichen.

Beirat mit viel Praxisexpertise

Das Projektteam wird regelmäßig beraten durch einen Beirat, der sich aus Mitgliedern aus den Feldern Brandschutz und technische Hilfeleistung, Nahversorgung, Mobilität, Kommunalpolitik, Ehrenamtsförderung und Wissenschaft zusammensetzt. Der Mehrwert liegt darin, dass die Beiratsmitglieder ihre jeweilige Feldexpertise in die Konzeption der empirischen Untersuchungen und in die Diskussion der Ergebnisse einbringen sowie beim Transfer der Erkenntnisse und Produkte in ihr jeweiliges Handlungsfeld unterstützen.

Forschungsvorhaben und Praxismehrwert

Das Forschungsvorhaben basiert auf zwei Teilprojekten:

In Teilprojekt A wird eine monetäre Bemessungsgrundlage zur Ermittlung des Werts von ehrenamtlichen Tätigkeiten in den ausgewählten Handlungsfeldern generiert. Im Hinblick auf das zentrale Verständnis des Projekts, Engagierte nicht als Lückenbüßer*innen zu sehen, sondern sie umfassend in ihren Tätigkeiten zu unterstützen, hat die Bemessungsgrundlage das Ziel, Akteur*innen aus Politik und Verwaltung als Argumentationshilfe zu dienen, um gerade in Zeiten knapper Ressourcen Ausgaben zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements vor Ort zu legitimieren.

„Mit den im Innovationszentrum Dörentrup umgesetzten Projekten, wie SROI, möchte der Kreis Lippe begleitende Partizipation von Bürgerinnen und Bürger ermöglichen.“

Miriam Nolting, Kreis Lippe
stellv. Verbundkoordinatorin im SROI-Projekt



Quelle: Miriam Nolting

In Teilprojekt B werden in der Modellregion Kreis Lippe anhand von Fallstudien in den Bereichen Mobilität, Brandschutz und Nahversorgung Gründe für die Überforderung und den Nachwuchsmangel im bürgerschaftlichen Engagement sowie mögliche Ansätze zur Bewältigung dieser Herausforderungen identifiziert.

Die gewonnenen Ergebnisse sollen einerseits passgenaue Lösungsansätze für den Kreis Lippe bieten, andererseits jedoch – in aufgearbeiteter Form im Sinne eines Policy-Transfers – auch anderen Gemeinden, Städten und Kreisen mit ähnlichem Profil wertvolle Hinweise liefern können.

Als konkretes Produkt wird ein Leitfaden für Praktiker*innen entwickelt. Dieser bietet insbesondere den Akteur*innen in Politik und Kommunalverwaltungen eine Hilfestellung, um Resilienz und Zukunftsfähigkeit des Ehrenamts vor Ort analysieren und stärken zu können. Auch Vertreter*innen aus Organisationen, die als Träger bürgerschaftlichen Engagements agieren (z.B. Vereine, Verbände, Stiftungen, gGmbHs), dienen als Adressat*innen der geplanten Handreichung.

2.2 Transdisziplinärer Forschungsansatz

Die Erwartungen an Wissenschaftler*innen sind regelmäßig hoch, wenn es darum geht, zeitnah möglichst passgenaue Lösungsansätze für gesellschaftliche Probleme zu präsentieren – das erleben wir aktuell in der anhaltenden Corona-Pandemie.

Bei gesellschaftlichen Herausforderungen bilden – anders als bei der Suche nach innovativen technischen Lösungen – stets Menschen in einem bestimmten Handlungskontext das Forschungsobjekt. Um wirksame Lösungsansätze entwickeln zu können, gilt es, relevante Akteur*innen aus dem Handlungskontext von Anfang an in den Forschungsprozess einzubeziehen. Sogenannte Praxispartner*innen aus Verwaltung, Politik, Zivilgesellschaft oder Wirtschaft sind deshalb so wertvoll, weil sie über spezifisches Handlungs- und Erfahrungswissen verfügen, welches für das jeweilige Forschungsprojekt großen Mehrwert hat.

Defila & Di Giulio (2016, S. 17) konkretisieren diese Eigenschaften als „Praxis-Expertise“.

Praxispartner*innen können in unterschiedlichen Phasen sozialwissenschaftlicher Forschung einbezogen werden (z.B. bei der Festlegung des konkreten Forschungsfokus, der Herstellung des Feldzugangs, u.a. zur Akquise von Organisationsvertreter*innen, zur Teilnahme an Befragungen oder von Interviewpartner*innen, oder bei der Diskussion vorläufiger Forschungsergebnisse).

Transdisziplinäre Forschung versteht sich in diesem Zusammenhang als spezielle Forschungskultur, bei der Praktiker*innen und Wissenschaftler*innen in Forschungsprojekten als Partner*innen auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Abt & Diring (2020, o. S.) deuten transdisziplinäre Forschung mit Bezug auf Defila & Di Giulio (2016) als

„*ein Forschungsprinzip, das nicht nur Fachgrenzen überschreitet – was als Interdisziplinarität zu begreifen wäre – sondern auch nicht akademische Kompetenzen, wie Erfahrungs- und Umsetzungswissen, gleichberechtigt in die Problemlösung einbindet.*“

Praktiker*innen (z.B. Verantwortliche aus Verwaltung oder zivilgesellschaftlichen Organisationen) sind damit in allen Phasen des Forschungsprozesses beteiligt – ggf. geht bereits die Projektidee von ihnen aus.

Etabliert hat sich der Forschungsansatz in Deutschland im Zusammenhang mit der in den 1990er und 2000er Jahren öffentlich geförderten Nachhaltigkeitsforschung (Difu, 2021a).

Das vom BMBF im Jahr 2016 initiierte Förderprogramm Kommunen innovativ ist ein Beispiel für ein öffentliches Forschungsförderprogramm, das Kommunen explizit motiviert, bei der Entwicklung von Handlungsstrategien zur Bewältigung der Auswirkungen des demographischen Wandels mit Akteur*innen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Wirtschaft gemeinsam zu forschen. 30 Forschungsvorhaben wurden bereits gefördert. Zu den aktuell elf geförderten Projekten der seit 2021 gestarteten dritten Förderrunde gehört auch das Forschungsprojekt SROI (Difu, 2021b).

„Wenn Kommune und Wissenschaft auf Augenhöhe zusammenarbeiten, bietet das viel Potenzial für den Forschungsprozess.“

Prof.'in Dr. Andrea Walter, HSPV NRW
Leitet das Team des wissenschaftlichen Verbundpartners. Ihr Interesse ist die Zivilgesellschaftsforschung



Quelle: Prof'in Dr. Andrea Walter

Forschungsansatz des SROI-Projekts

Das SROI-Projekt ist auf Initiative des Kreises Lippe entstanden. Mit der Einführung von Angeboten für (engagierte) Bürger*innen, wie dem kreiszugehörigen Ehrenamtsbüro, ist bereits eine funktionierende Infrastruktur für die Anliegen von bürgerschaftlich Engagierten im Kreis Lippe geschaffen worden. Dieses Fundament soll durch das Forschungsprojekt SROI mit der HSPV NRW als wissenschaftlichem Verbundpartner und der WWU Münster als assoziierten Verbundpartner weiter ausgebaut werden. In der Zusammenarbeit sind die Aufgaben zwischen den Partner*innen aufgeteilt: Während der Kreis Lippe die Koordination des Gesamtprojekts innehat (mit den Schwerpunkten Öffentlichkeitsarbeit, Organisation von Veranstaltungen und Sicherung des Feldzugangs) zeichnet sich die HSPV NRW in Kooperation mit der WWU Münster für die wissenschaftliche Leitung und speziell für die empirische Erhebung in Teilprojekt B verantwortlich. Zudem gehört zu den Aufgaben der wissenschaftlichen Partner*innen der Forschungstransfer in Praxis und Wissenschaft (s. dazu Abb. 2).

Koordination und Transfer

- Projektsteuerung
- Öffentlichkeitsarbeit (Webseite etc.)
- Koordination des Projektbeirats
- Organisation von Veranstaltungen des Projekts
- Bereitstellung Feldzugang
- Diskussion der Ergebnisse

Forschung und Transfer

- Konzeption und Durchführung empirischer Forschung
- Forschungstransfer in Wissenschaft (Publikationen, Konferenzen) und Praxis (Veranstaltungen, Stakeholder etc.)



Abb. 2 Forschungsansatz (Aufgabenaufteilung SROI)

Quelle: eigene Darstellung

3 Zentrale Begrifflichkeiten und Konzepte des Projekts

In diesem Abschnitt werden die zentralen Begrifflichkeiten erläutert und für den weiteren Forschungsprozess konzeptionalisiert.

3.1 Kommunale Daseinsvorsorge

Die öffentliche Daseinsvorsorge in Deutschland umfasst die Bereitstellung all jener Güter und Leistungen, die für Bürger*innen im Rahmen einer menschenwürdigen Lebensführung existentiell notwendig sind.

Dabei adressiert die Daseinsvorsorge mit ihren Leistungen und Gütern einerseits die Grundbedürfnisse von Bürger*innen (u.a. Grundversorgung mit Wasser, Energie) und den Zugang zu öffentlich relevanten Infrastrukturen (u.a. technische Infrastruktur wie Telekommunikation, Bildungsinfrastruktur wie Schulen oder Gesundheitsinfrastruktur wie Krankenhäuser).

Die Angebote der Daseinsvorsorge sind i.d.R. nicht kostenlos, Staat und Kommunen sind aber in der Verantwortung diese, zu „allgemein tragbaren (= sozial verträglichen) Preisen und in zumutbaren Entfernungen“ anzubieten (BMVI, 2016, S. 8).

Geprägt wurde der Begriff der Daseinsvorsorge in Deutschland erstmals vom Staats- und Verwaltungsrechtler Ernst Forsthoff. In seiner Publikation *Die Verwaltung als Leistungsträger* (1938) konkretisiert er die Aufgabe der Daseinsvorsorge, für die er den Staat in der Verantwortung sieht.

Zuständigkeiten, Bereiche und Leistungen der Daseinsvorsorge

Der staatliche Auftrag der Daseinsvorsorge ist verfassungsrechtlich verankert – Basis bildet das Sozialstaatsprinzip in Art. 20 Abs. 1 GG. Trotzdem gibt es keine Legaldefinition oder anerkannte sozialwissenschaftliche Auslegung. Ebenfalls existiert keine abschließende Einigung auf die sicherzustellenden Inhalte (Bereiche und Leistungen) öffentlicher Daseinsvorsorge (Neu, 2009, S. 10) und die Art und Weise ihrer Produktion. Sie sind teilweise dem sozialen Wandel ausgesetzt und veränderten gesellschaftlichen Wertvorstellungen unterworfen.



Bereiche und Leistungen öffentlicher Daseinsvorsorge

- Grundversorgung mit Wasser, Energie und Telekommunikation,
- Sicherstellung von Abwasser- und Müllbeseitigung, Straßen, Friedhofswesen,
- Bereitstellung von Gesundheitsversorgung (Krankenhäuser, Apotheken, ambulante Versorgung),
- Bereitstellung von Bildungsangeboten (z.B. Schulen, Kitas) und der Jugendhilfe,
- Gewährleistung des Brandschutzes und technischer Hilfeleistung (Feuerwehren, THW),
- Bereitstellung von Mobilitätsangeboten (ÖPNV),
- Sicherstellung der Nahversorgung (Geschäfte des täglichen Bedarfs),
- Bereitstellung von Kultur- und Freizeitangeboten (z.B. Sportstätten, Schwimmbäder, Theater).

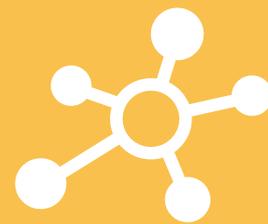


Abb. 3 Bereiche und Leistungen öffentlicher Daseinsvorsorge

Quelle: eigene Darstellung, inhaltlich angelehnt an Mause (2018, S. 416); nicht abschließend

Auf lokaler Ebene sind die Leistungen der Daseinsvorsorge gemäß der kommunalen Selbstverwaltung (Art. 28 Abs. 1 GG) den Pflicht- und freiwilligen Aufgaben zuzuordnen. Während der Brandschutz etwa eine Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung ist, bilden die Abwasser- und Müllbeseitigung oder der ÖPNV Pflichtaufgaben ohne Weisung. Hier haben Kommunen Handlungsspielraum in der Ausgestaltung.

Freiwillige Aufgaben kennzeichnet, dass die Kommunen hier Handlungsspielraum in der Frage der Erbringung haben. Beispiele sind etwa die Unterhaltung von Theatern oder Sportanlagen (MHKBG, 2022).

Die kommunalen Zuständigkeiten verteilen sich nach Landkreisen und Gemeinden. Erstere fokussieren auf überörtliche Aufgaben und solche mit Ergänzungs- und Ausgleichsfunktionen, z.B. Öffentlicher Nahverkehr (BMVI, 2016, S. 8)

Da im SROI-Projekt (mit den Handlungsfeldern Mobilität, Brandschutz und Nahversorgung) die Daseinsvorsorge auf lokaler Ebene im Fokus steht, wird der Begriff der kommunalen Daseinsvorsorge im Projektkontext verwendet.

Gewährleistung der Daseinsvorsorge

Dem Staat und seinen Kommunen (Landkreise, Städte und Gemeinden) kommt bei der Daseinsvorsorge die Rolle als Gewährleister zu. Das bedeutet nicht, dass sämtliche Leitungen selbst von Staat und Kommunen erbracht werden müssen. Der sogenannte Gewährleistungsstaat muss vielmehr „die Modalitäten der Aufgabenerfüllung im Bereich der Daseinsvorsorge mit dem Ziel der Versorgungssicherung“ sicherstellen (Henneke, 2009, S. 22).

Mit Blick auf die lokale Ebene, die im Fokus des Projekts steht, haben Kommunen verschiedene Möglichkeiten, die Daseinsvorsorge sicherzustellen (angelehnt an Mause, 2018, S. 418):

- Leistungen werden eigenständig erbracht – als Behörde (z.B. das Jugendamt) oder im Rahmen eines Eigenbetriebs (z.B. kommunale Energieversorgungsbetriebe),
- Leistungen werden an private Anbieter *innen übertragen (z.B. private Unternehmen im Bereich der Müllabfuhr),
- Leistungen werden in Kooperation mit Privaten erbracht (z.B. Unternehmen oder Nonprofit-Organisationen); u.a. im Rahmen von öffentlich-privaten-Partnerschaften (sog. Public-Private-Part-

nerships, kurz: PPP). Im Rahmen der Kooperation mit nichtstaatlichen Akteur*innen können auch bürgerschaftlich Engagierte Leistungen der Daseinsvorsorge erbringen (s. dazu ausführlich Kap. 4.2).

Auf welche Weise die Kommunen die Daseinsvorsorge sicherstellen, hängt vom Einzelfall ab. Ein relevanter Einflussfaktor ist dabei sicherlich die Frage der Wirtschaftlichkeit. Mause (2018, S. 418) verweist in diesem Zusammenhang auf aktuelle ökonomische Debatten, die mögliche Alternativen zur Steuerfinanzierung diskutieren, um die öffentlichen Kassen zu entlasten, z.B. über (angemessene) Nutzergebühren und das Hinzuziehen privater Anbieter*innen.

Sicherstellung der Daseinsvorsorge in Gefahr?

Dass die Sicherstellung der Daseinsvorsorge in Deutschland nicht an Bedeutung verloren hat, ist zweifelsohne Konsens in Wissenschaft und Politikpraxis. Das *Ob* steht folglich nicht zur Debatte. Die Frage nach Umfang und Qualität der bereitgestellten Güter und Dienstleistungen ist hingegen durchaus Gegenstand wissenschaftlicher und politischer Diskussionen (Mause, 2018, S. 417). Bietet das angestrebte Ziel, die Ermöglichung eines menschenwürdigen oder angemessenen Lebensstandards, doch großen Spielraum in der konkreten Ausgestaltung der Daseinsvorsorge.

Diese Diskussion bekommt seit einigen Jahren im Kontext aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen Aufwind. So können die Auswirkungen der Wiedervereinigung, der demographische Wandel, der Rückzug des Sozialstaats und die desolate öffentliche Finanzlage mancherorts die Sicherung kommunaler Daseinsvorsorge bedrohen.

Besonders betroffen von Strukturwandel und damit verknüpften gesellschaftlichen Herausforderungen wie der demographische Wandel sind oft ländliche Regionen in Deutschland (vgl. u.a. Eckes & Dieckmann, 2021, S. 97). Hier kommen Probleme wie unter einem Brennglas zusammen: Aufgrund von Überalterung und Abwanderung kommt es zur Schrumpfung der Bevölkerung, ÖPNV oder Bildungseinrichtungen werden weniger genutzt. Oft ist der Rückbau kommunaler Einrichtungen die Folge (Neu & Nikolic, 2015, S. 185). Im Ergebnis leidet die Lebensqualität für die Bevölkerung, Zuzüge werden unwahrscheinlicher, genauso wie das Ansiedeln wichtiger Infrastruktur (z.B. Arztpraxen, Handel). Die anhaltende Corona-Pandemie wird die finanzielle Situation zahlreicher Kommunen aller Voraussicht nach

weiter spürbar verschärfen (Deutscher Städtetag, 2020).

Oft wird der primäre Auftrag der Daseinsvorsorge in der Versorgungsfunktion mit existentiellen Gütern gesehen, jedoch gerade infrastrukturelle und soziale Güter (Mobilität, Kultur- und Sportangebote) haben erheblichen Einfluss auf den Zusammenhalt vor Ort, die Teilhabe am Gemeinwohl, die Lebensqualität und damit die Zukunftsfähigkeit einer Kommune (Vgl. Neu, 2009, S. 11 speziell zur Bedeutung der Daseinsvorsorge für das Zusammenwachsen für die Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg und der Wiedervereinigung).

Hinzu kommt das erklärte Ziel der Bundespolitik, gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Bürger*innen in Deutschland zu schaffen (BMI, 2019). Dazu zählen faire Teilhabemöglichkeiten, genauso wie der Zugang zu technischer und sozialer Infrastruktur. Dieses Ziel ist keinesfalls neu, sondern hat mit der Verfassungsreform 1994 in Art. 72 Abs. 2 GG als „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ bereits nach der bundesdeutschen Wiedervereinigung Eingang ins Grundgesetz gefunden.

Die Entwicklungen der vergangenen Jahre haben jedoch gezeigt, dass es politischer Unterstützung bedarf. Betroffene Kommunen sollen nicht sich selbst überlassen werden. Die Gründung der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt in Neustrelitz in 2020 ist eine solche konkrete politische Maßnahme, die aus der Arbeit der im Jahr 2018 eingesetzten Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ resultiert (BMI, 2019).

Neben aktiver politischer Unterstützung wird von Kommunen jedoch auch erwartet, selbst aktiv zu werden und Handlungsansätze für die komplexen Herausforderungen vor Ort zu erarbeiten. Resilienz ist gefragt: Kommunen sollen Widerstandsfähigkeit beweisen. Im Zusammenhang mit der Aufgabe der Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge, verstehen Neu und Nikolic (2015, S. 191) den Begriff Resilienz wie folgt:

„Bürgerinnen und Bürger bzw. Kommunen sollen nunmehr aus eigener Kraft die infrastrukturellen Lücken schließen und sich unabhängig von den weniger werdenden staatlichen Leistungen machen.“

Für strukturschwache Kommunen oder für solche, die sich zukunftsfähig aufstellen wollen, ergibt sich somit die Frage nach der zukünftigen Ausrichtung ihrer Daseinsvorsorge vor Ort:

- Müssen Angebote grundlegend auf den Prüfstein gestellt werden, wenn sich die Bevölkerungsstruktur und die Ansprüche innerhalb der Stadtgesellschaft verändern und öffentliche Mittel fehlen?
- Wie können politischer Steuerungsanspruch, aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen (demographischer Wandel, soziale Ungleichheit) und das politische Ziel, gesellschaftliche Teilhabe und Partizipation zu befördern, zusammengebracht werden?
- Inwiefern müssen die Modalitäten der Aufgabenerfüllung innerhalb der Daseinsvorsorge vor diesem Hintergrund neu gedacht und neue Formen der Zusammenarbeit erprobt werden? Und welche Rolle sollen und können Bürger*innen als Co-Produzent*innen – neben privaten Unternehmen und Nonprofit-Organisationen in der Sicherstellung der Daseinsvorsorge spielen – ohne sie zu überfordern oder gar als Lückenbüßer*innen zu verstehen? Weite Teile der Engagementforschung haben nach Eckes und Dieckmann (2021, S. 97) diesbezüglich eine klare Haltung:

„Engagement kann nicht als beliebig verwendbare Ressource betrachtet werden und den Rückbau staatlicher Infrastruktur ausgleichen.“

”

An diesen Fragen und dem Verständnis, Engagement nicht als selbstverständlich zu betrachten, setzt das Forschungsprojekt SROI an. Es zielt darauf, Herausforderungen und Potenziale von bürgerschaftlichem Engagement in ausgewählten Handlungsfeldern kommunaler Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen zu beleuchten.

3.2 Ländliche Räume

Einige denken bei ländlichen Räumen vielleicht an kleine Dorfgemeinschaften mit wenigen hundert Einwohner*innen, andere assoziieren damit landwirtschaftlich geprägte Gegenden und weite Wege zur nächstgrößeren Stadt.

Ländliche Regionen machen etwa 90 Prozent der Fläche in Deutschland aus, über die Hälfte der Bürger*innen leben in kleineren Kommunen (BMEL, 2019, S. 4).

Eine anerkannt wissenschaftliche Definition, was ein ländlicher Raum oder eine ländliche Region ist, existiert allerdings nicht.

Aufgrund der bereits in Abschnitt 3.1 beschriebenen aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen, die vielen ländlichen Räumen zu schaffen machen, befassen sich ganz unterschiedliche Fachdisziplinen mit ländlichen Räumen (z.B. Raum- und Zivilgesellschaftsforschung). Eine allgemeingültige Definition ist deshalb wohl auch kaum zielführend.

Was kennzeichnet ländliche Räume?

Das Thünen-Institut für Ländliche Räume in Braunschweig, zugehörig der Ressortforschung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), definiert Ländlichkeit mit fünf Kernmerkmalen. Diese umfassen die Wohnbebauung (Anteil Ein- und Zweifamilienhäuser an den Wohngebäuden), die Siedlungsdichte (Einwohner*innen je km² Siedlungs- und Verkehrsfläche), das regionale Bevölkerungspotenzial (die Summe der Bevölkerung im 50-km-Umkreisradius um den Bezugspunkt bei linear mit der Distanz abnehmender Gewichtung), den Anteil land- und forstwirtschaftlicher Fläche an der Gesamtfläche sowie die Oberzentrenreichbarkeit (die Summe der Bevölkerungszahl der nächsten fünf Zentren bei linear mit der Distanz abnehmender Gewichtung) (Steinführer et al., 2018, S. 155).

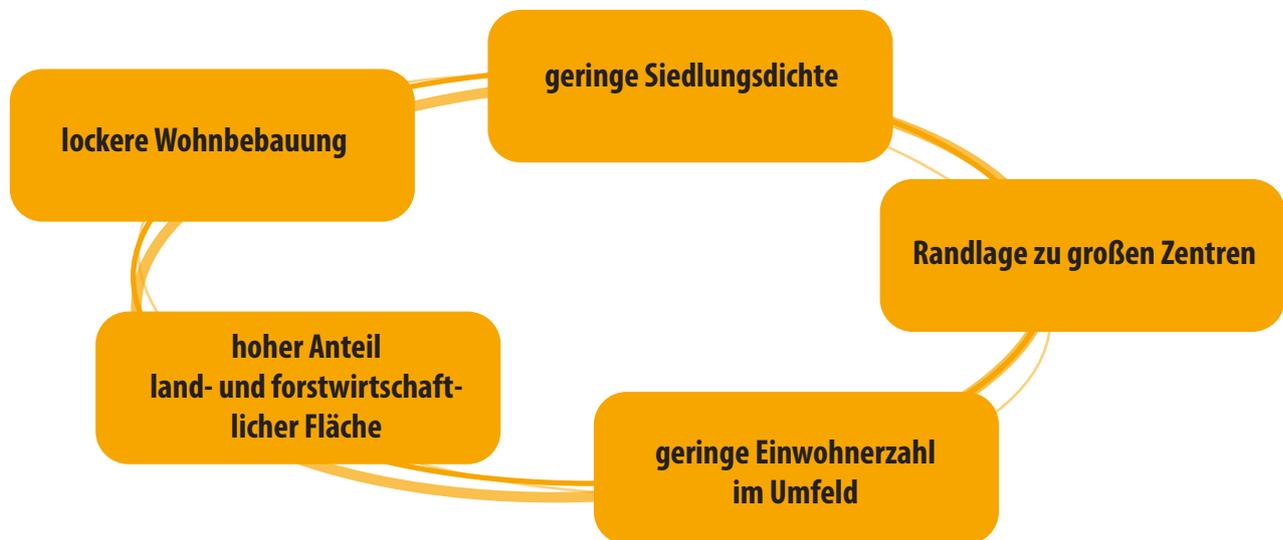


Abb. 4 Kernmerkmale „Ländlichkeit“

Quelle: eigene Darstellung, basierend auf Thünen-Institut für Ländliche Räume (2022)

Gemeinden, Städte und Kreise, die all diese Kernkriterien erfüllen, sind jedoch keinesfalls als homogene Gruppe zu verstehen.

Faktoren wie das Landschaftsbild, Erreichbarkeit, regionale Strukturen oder die wirtschaftliche Situation (Böcher, 2016, S. 67) sorgen dafür, dass ländlicher Raum nicht gleich ländlicher Raum in Deutschland ist.

Diese Unterschiedlichkeit wird im Begriff ländliche Räume (Plural) konkret, der auch im SROI-Projekt Anwendung findet.

Um Herausforderungen in ländlichen Räumen lokalisieren, Problemlagen vergleichen, und das Transferpotenzial von Handlungsansätzen ermitteln zu können, sind kriteriengeleitete Kategorisierungen ländlicher Räume hilfreich.

Etabliert in Deutschland sind die Typisierungen des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) in siedlungsstrukturelle Kreistypen sowie die Typisierung des Thünen-Instituts.

Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR, 2022) stellt mit seiner laufenden Raumbesichtigung – und hier speziell mit der INKAR-Datenbank – unterschiedliche Raumeinteilungen zur Verfügung. Bei den Kreistypen werden vier Gruppen unterschieden:

- kreisfreie Großstädte
- städtische Kreise
- ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen
- dünn besiedelte ländliche Kreise

Die im Jahr 2016 entwickelte Typisierung des Thünen-Instituts fokussiert ebenfalls auf Kreise und unterscheidet – gemäß ihrer Kriterien von Ländlichkeit in Zusammenhang mit der sozioökonomischen Lage¹ – in ihrer Typisierung vier Kategorien von Kreisen:

- sehr ländlich / gute sozioökonomische Lage
- sehr ländlich / weniger gute sozioökonomische Lage
- eher ländlich / gute sozioökonomische Lage
- eher ländlich / weniger gute sozioökonomische Lage

Das Land NRW hat eine eigene Einteilung, die aus dem NRW-Programm „Ländlicher Raum 2014–2020“ resultiert: Diese umfasst die Gebietskategorien 1. Ballungsräume und ausgewählte Ballungsrandzonen, 2. solitäre Verdichtungsgebiete und 3. Gebiete mit überwiegend ländlicher Raumstruktur. Letztere Gebiete sind jene, die nicht unter die beiden ersten Kategorien fallen, bzw. die zu den ersten Kategorien zählen, mindestens jedoch zwei Drittel land- und forstwirtschaftliche Flächen aufweisen.

¹Die sozioökonomische Lage umfasst in der Typisierung des Thünen-Instituts folgende Indikatoren (Steinführer et al., 2018, S. 156): Steuereinnahmen, Bruttolöhne und -gehälter, Arbeitslosenquote, Wanderungssalden der 18- bis 29-Jährigen

sowie Schulabbrecher*innenquote (jeweils gemittelt), das Medianeinkommen aus der Steuerstatistik, Wohnungsleerstand und die Lebenserwartung eines Neugeborenen.

Ländliche Räume in NRW: Verbreitung und Merkmale

Nach Zahlen des Landes Nordrhein-Westfalen leben rund 6 Mio. Menschen (etwa ein Drittel der Landesbevölkerung) in ländlichen Räumen, die sich auf über zwei Drittel der Landesfläche erstrecken (MULNV NRW, 2022). Nach dem Thünen-Institut sind es 5,3 Mio. Menschen, verteilt auf 19 Kreise (von insgesamt 31). Der Unterschied ergibt sich aus den verschiedenen Bezugsgrößen. Die Typisierung des Thünen-Instituts basiert auf Kreisen. Größere Anteile der urban geprägten Kreise am Ballungsrand der Rhein-Ruhr-Metropolregion werden hier nicht erfasst (LT-NRW-Drucksache 17/14894, S. 5).

„Bürgerschaftliches Engagement bildet in ländlichen Regionen die Grundfeste der Gesellschaft und des Zusammenlebens.“

Dr. Olaf Peterschröder, Verwaltungsvorstand für den Bereich Zukunftsthemen Kreis Lippe



Quelle: Dr. Olaf Peterschröder

Nach der Thünen-Einteilung leben etwa 1,45 Mio. Menschen in NRW (8,1 Prozent Anteil an der Gesamtbevölkerung) in sehr ländlich geprägten Räumen; 3,86 Mio. Menschen (21 Prozent) in eher ländlich geprägten Räumen. Die Modellregion Kreis Lippe ist nach der Typisierung ein eher ländlich geprägter Raum mit weniger guter sozioökonomischer Lage.

sehr ländlich / gute sozioökonomische Lage

Kreise: Olpe, Siegen-Wittgenstein und Steinfurt

(859.119 Einw. / 4,79% Anteil an Ges.-Bev.)

eher ländlich / gute sozioökonomische Lage

Kreise: Borken, Coesfeld, Warendorf, Gütersloh, Herford, Paderborn

1,793 Mio. Einw. / 10% Anteil an Ges.-Bev.)

sehr ländlich / weniger gute sozioökonomische Lage

Kreise: Euskirchen, Höxter und Hochsauerlandkreis

(593.684 Einw. / 3,31% Anteil an Ges.-Bev.)

eher ländlich / weniger gute sozioökonomische Lage

Kreise: Kleve, Düren, Heinsberg, Oberbergischer Kreis, Soest, Lippe, Minden-Lübbecke

(2,064 Mio. Einw. / 11,5% Anteil an Ges.-Bev.)

Abb. 5 Typisierung des Thünen-Instituts

Quelle: eigene Darstellung, inhaltlich basierend auf LT-NRW-Drucksache (17/14894, S. 4)

Die Typisierung des Thünen-Instituts mit ihrer Differenzierung von Ländlichkeit unter Berücksichtigung der sozioökonomischen Lage dient dem SROI-Projekt als wertvolle Grundlage für eine systematische Bestandsaufnahme der Herausforderungen ländlicher Räume in NRW – inklusive der Modellregion Kreis Lippe.

3.3 Bürgerschaftliches Engagement

Die Begriffe Engagement und Ehrenamt werden oft synonym in der Alltagssprache verwendet: Kommunen richten Ehrenamtsbüros ein und wertschätzen die Leistung freiwillig Engagierter mit dem Ausstellen sogenannter Ehrenamtskarten (eine Initiative der Landesregierung NRW). Politiker*innen würdigen gerade in Krisenzeiten wie der anhaltenden Corona-Pandemie, der Hochwasserkatastrophe 2021 in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz oder dem im Februar begonnenen Ukraine-Krieg mit seinen verheerenden Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung den Einsatz und die Unterstützung der vielen ehrenamtlich Engagierten. Andrea Milz, die in Nordrhein-Westfalen für die Belange Engagierter und ihrer Organisationen verantwortlich zeichnet, agiert als Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt. Die im Jahr 2020 durch die Bundesregierung gegründete Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt zur Stärkung und Förderung des Engagements insbesondere in strukturschwachen und ländlichen Räumen führt gleich beide Begriffe in ihrem Namen auf.

Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement: zwei Seiten einer Medaille?

Aber sind die Begriffe Engagement und Ehrenamt nun gleichbedeutend? Dazu soll zunächst der Engagement-Begriff näher betrachtet werden. Dies ist keine leichte Aufgabe, da innerhalb der Sozialwissenschaften keine anerkannte Definition vorherrscht. Vielmehr wird immer noch regelmäßig auf das Engagement-Verständnis der Enquete-Kommission *Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements* rekurriert. Die Kommission war im Jahr 2002 vom Deutschen Bundestag eingesetzt worden, um erstmals systematisch den Ist-Zustand und mögliche Potenziale bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland zu eruieren.

Die Kommission definiert bürgerschaftliches Engagement auf Grundlage von fünf Kriterien (Deutscher Bundestag, 2002, S. 38-40):

- Engagement ist gemeinwohlorientiert, d.h., Menschen zielen mit ihrem freiwilligen Einsatz darauf, die Gesellschaft oder direkt ihre Lebenswelt aktiv mitzugestalten,
- Engagement ist freiwillig und selbstbestimmt. Damit ist gemeint,

dass Engagierte ihre freiwillige Tätigkeit selbst auswählen, sowie inhaltlich und zeitlich selbst ausgestalten und nicht zu einer Tätigkeit zwangsverpflichtet werden.

- Ein weiteres Merkmal besteht darin, dass Engagement nicht auf materiellen Gewinn ausgerichtet ist. Primäres Motiv der Übernahme einer freiwilligen Tätigkeit darf nicht in einer möglichen Entlohnung liegen. Aufwandsentschädigungen sind nicht mit Entlohnung gemeint. Sie sind durchaus üblich, um entstandenen Aufwand zu kompensieren.
- Weiter kennzeichnet Engagement, dass es im öffentlichen Raum stattfindet, und damit auch transparent und gesellschaftlich sichtbar ist (z.B. in Form von Handlungen, Veranstaltungen, Internetauftritten).
- Zudem findet Engagement gemeinschaftlich statt. Dies ermöglicht es, Engagement auf Dauer zu stellen.

Der Ehrenamtsbegriff findet seinen Ursprung in den Verwaltungsreformen zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Da der Preußische Staat finanziell marode war, wurde die Idee geboren, in der Preußischen Städteordnung (dem Fundament der kommunalen Selbstverwaltung in Deutschland) festzuschreiben, Bürger*innen unentgeltlich öffentliche Aufgaben zu übertragen. Anstatt Lohn sollte den Bürger*innen Ehre als Anreiz dienen (Freise & Walter, 2021, S. 71 mit Bezug auf Sachße, 2002, S. 3 und Zimmer, 2007, S. 98-99).

„ Jeder Bürger ist schuldig, öffentliche Städtämter zu übernehmen und solche, womit kein Diensteinkommen verbunden ist, unentgeltlich zu verrichten“ (§191, Preußische Städteordnung, 1808) „

Der Begriff soziales Ehrenamt geht auf das sogenannte Elberfelder System zurück, wonach in der Mitte des 19. Jahrhunderts die Armenpflege – ebenfalls auf Basis der Preußischen Städteordnung – zur ehrenamtlichen Aufgabe von Bürger*innen gemacht wurde

Anders das bürgerschaftliche Engagement – der Begriff betont, dass eine Tätigkeit freiwillig aufgenommen und selbstbestimmt durchgeführt wird. Dies drückt besonders das Adjektiv bürgerschaftlich aus, das auf die Rolle bzw. Identität der Bürger*innen in einem Gemeinwesen rekurriert. Bürger*innen haben Rechte und Pflichten in einem Staat (z.B. Meinungsfreiheit, das Halten an Recht und Gesetz). Mit diesem Bürgerverständnis verbunden, ist der Gedanke, als Bürger*in selbst Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen und sich selbstbestimmt und aktiv in das Gemeinwesen einzubringen. Dies wird konkret durch sogenannte bürgerliche Tugenden, wie z.B. die Übernahme eines freiwilligen Engagements oder die Wahrnehmung politischer Partizipationsmöglichkeiten (Freise & Walter, 2021, S. 11). Bürgerschaftliches Engagement ermöglicht damit auch, öffentlich Kritik an staatlichem Handeln zu äußern. Zimmer (2007, S. 97) weist darauf hin, dass gerade dieser „zivilgesellschaftlich-republikanische Unterton“ das bürgerschaftliche Engagement vom Ehrenamtsbegriff unterscheidet.

Dem klassischen Ehrenamt im Sinne einer Übertragung staatlicher Aufgaben auf Bürger*innen kommt auch gegenwärtig noch Bedeutung zu: Beispiele sind hier das Wahlhelfer*innen- oder Schöff*innenamt. Beide Ämter zeichnen sich dadurch aus, dass sie durchgeführt werden müssen, um ein funktionierendes Gemeinwesen sicherzustellen. Gibt es beispielsweise zu wenig Freiwillige für das Schöff*innenamt, kann der Staat Bürger*innen zu diesem Amt zwangsweise bestellen.

Engagement-Verständnis des Projekts

Das Forschungsprojekt orientiert sich in seinem Engagement-Verständnis an der vorgelegten Definition der Enquete-Kommission, gilt diese innerhalb der deutschsprachigen Engagementforschung doch immer noch als *State of the Art*. Dabei darf jedoch nicht unberücksichtigt bleiben, dass sich Vertreter*innen aus Zivilgesellschaftsforschung und Praxis einig darin sind, dass die zwanzig Jahre alte Definition einer konzeptionellen Anpassung an die gegenwärtigen Entwicklungen im Engagement bedarf. Beispielsweise gilt es, neue Formen von Engagement zu integrieren. So lassen sich das zunehmend beobachtbare spontane, ungebundene Engagement, wie auch digitale Engagementformen nicht passgenau unter die Definition fassen. Merkmale wie öffentlich und gemeinschaftlich

müssten hier neu diskutiert werden (vgl. zur aktuellen Debatte im Kontext des Dritten Engagementberichts u.a. Walter & Freise, 2020).

Um der gesellschaftlichen Entwicklung Rechnung zu tragen, dass gerade im kommunalen Sprachgebrauch hauptsächlich vom Ehrenamt gesprochen wird, dieser Begriff also sowohl Engagierten, als auch Akteur*innen aus Politik und Verwaltung vertrauter ist, wird der Ehrenamts-Begriff synonym zum wissenschaftlich vorherrschenden Begriff des bürgerschaftlichen Engagements verwendet.

4 Die Bedeutung Bürgerschaftlichen Engagements in der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen

Dieser Abschnitt widmet sich der Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements in der kommunalen Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen. Dazu wird herausgearbeitet, welche Funktionen bürgerschaftlichem Engagement speziell in ländlichen Räumen zukommt, und mit welchen Herausforderungen Engagierte und ihre Organisationen aktuell konfrontiert sind (4.1). Darauf aufbauend wird auf die Rolle von Engagierten als Co-Produzent*innen in der Daseinsvorsorge fokussiert (4.2). Abschnitt 4.3 widmet sich dann der Aufarbeitung des Forschungsstands zum bürgerschaftlichen Engagement in den ausgewählten Handlungsfeldern Brandschutz und technische Hilfeleistung, Mobilität sowie Nahversorgung.

4.1 Funktionen und Herausforderungen von bürgerschaftlichem Engagement in ländlichen Räumen

In ländlichen Räumen in Deutschland liegt die Engagementquote traditionell durchschnittlich höher als in den städtischen Räumen. Nach dem aktuellen Freiwilligensurvey 2019 sind in ländlichen Räumen 41,6 Prozent und in städtischen Räumen 38,8 Prozent der Bevölkerung bürgerschaftlich engagiert.

Während die Engagementquote im städtischen Raum im Fünfjahresvergleich konstant blieb, ging die durchschnittliche Engagementquote in ländlichen Räumen um einen Prozentpunkt zurück (Simonson et al., 2002, S. 90).

Zur Begründung des traditionell höheren Engagements in ländlichen Räumen gibt es unterschiedliche Erklärungsansätze, u.a.

die begrenztere Auswahl bei Freizeit- und kulturellen Angeboten (Rückert-John, 2005, S. 25). Wenn beispielsweise kein Fitnessstudio vor Ort existiert, wird vielleicht eher ein Kurs beim heimischen Sportverein besucht, aus dem eine freiwillige Tätigkeit (z.B. als Übungsleiter*in oder Vorstandsmitglied) resultieren kann.

Hinzu kommt das in Deutschland in ländlichen Räumen weitverbreitete Konzept der Co-Produktion bei Angeboten der öffentlichen Daseinsfürsorge: Die Kommunen zeichnen für die Organisation und Finanzierung von Diensten verantwortlich, die eigentliche Arbeit wird jedoch von Engagierten ausgeführt. Bekanntestes Beispiel für eine solche Form der Zusammenarbeit sind die Feuerwehren, die nur in den großen Städten hauptamtliche Kräfte einsetzen.

Die landsoziologische Forschung wertet bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen seit Jahrzehnten als „Zeichen des Willens zur Selbsthilfe“ (Planck & Ziche, 1979, S. 107, zit. nach Rückert-John, 2005, S. 26).

Mit Bezug auf die Bereitschaft zur Übernahme freiwilliger Tätigkeiten im Rahmen der Sicherung der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen, wird die Motivation, sich selbst zu helfen, unter dem Begriff der „Selbstresponsibilisierung“ (Steinführer, 2015, S. 5) diskutiert. Engagierte sehen sich selbst in der Verantwortung für die Aufrechterhaltung von Angeboten vor Ort – gemäß dem Motto: „Wenn ich mich nicht einsetze, macht es niemand, und dann fällt das Angebot für alle weg“.

Funktionen von Bürgerschaftlichem Engagement in ländlichen Räumen

Bürgerschaftliches Engagement erfüllt in Deutschland verschiedene gesellschaftliche Funktionen (Freise & Walter, 2021, S. 85): Es ermöglicht, gesellschaftliches Leben und lokale Politikgestaltung aktiv mitzugestalten (z.B. im Rahmen von Protest, über Beteiligungsformate, in politischen Ämtern oder Leitungsfunktionen von Organisationen). Zudem stärkt es den gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort (z.B. indem Menschen aus unterschiedlichen Milieus im Rahmen eines freiwilligen Engagements zusammenkommen oder indem Freizeit- und Geselligkeitsvereine durch Veranstaltungen Orte

der Begegnung schaffen). Zudem erbringen Engagierte im Rahmen ihrer freiwilligen Tätigkeit viele Angebote und Leistungen, ohne die ein Gemeinwohl deutlich ärmer wäre (z.B. soziale, kulturelle und Freizeitangebote).

Ergänzend sei auf das Innovationspotenzial von Zivilgesellschaft insgesamt hingewiesen: viele soziale Innovationen gehen auf die Ideen von Bürger*innen zurück, die Lebensbedingungen verbessern wollten (Freise & Walter, 2021, S. 20), z.B. der Genossenschaftsgedanke, der Dorfläden oft als Fundament dient.

Für den ländlichen Raum werden nach Kleiner & Klärner (2019, S. 10-16) vor allem drei Funktionen für bürgerschaftliches Engagement in der sozialwissenschaftlichen Literatur diskutiert: Die Rolle des Substituts öffentlicher Dienstleistungen, des Motors sozialer Integration und die Rolle des Demokratieförderers.

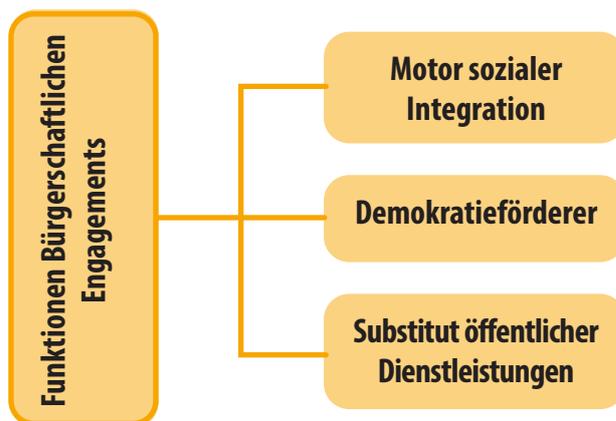


Abb. 6 Funktionen bürgerschaftlichen Engagements in ländlichen Räumen

Quelle: eigene Darstellung, inhaltlich basierend auf Kleiner & Klärner (2019, S. 10-16)

Die Funktion des Substituts öffentlicher Dienstleistungen beschreibt all jenes Engagement, das aktiv dazu beiträgt, Angebote vor Ort aufrechtzuerhalten, die der überforderte Gewährleistungsstaat aufgrund fehlender Ressourcen sonst einstellen würde. Sehr konkret wird diese Funktion bei der Sicherung der Daseinsvorsorge.

Die Funktion von bürgerschaftlichem Engagement als Motor sozialer Integration umfasst Aktivitäten von Vereinen, Initiativen oder un-

gebundenen, informell Engagierten bei der Ermöglichung sozialer Teilhabe – für die bestehende Gemeinschaft vor Ort, aber auch für Zugezogene. Beispiele zur Ermöglichung von Austausch und Vernetzung bilden das Betreiben von Cafés oder Dorfzentren (Kersten, Neu & Vogel, 2019, S. 9).

Die Funktion als Demokratieförderer fokussiert auf die Mitwirkung von (organisierten) Bürger*innen in lokaler Politikgestaltung: als Agendasetter*in (Themen platzieren, z.B. via Leserbrief, Ratssitzung, Protest), als Interessenvertreter*in (z.B. als ehrenamtliche Führungskraft gegenüber Lokalpolitik die Interessen der Mitglieder und/oder Zielgruppe vertreten) oder als Mitwirkende bei der Implementierung von politischen Entscheidungen (Feedback geben zur Wirkung der Maßnahme).

Gemäß Tocqueville gelten zivilgesellschaftliche Organisationen wie Vereine zudem als idealer Ort, um Demokratie im Kleinen einzuüben. Der französische Aristokrat prägte im 19. Jahrhundert diesbezüglich den Begriff der „Schule der Demokratie“ für die Zivilgesellschaft (Freise & Walter, 2021, S. 18).

Zur Lösung der Frage, wie sich bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen stärken lässt, gibt es verschiedene Forschung zu fördernden und hemmenden Faktoren für Engagement. Eckes & Dieckmann (2021, S. 98-100) sehen hemmende Faktoren vor allem auf der Ebene der Engagierten selbst (sozioökonomischer Status, Vereinbarkeit). Fördernde Faktoren setzen bei ihnen an den Rahmenbedingungen an (Vernetzung, finanzielle Ressourcen und kommunale Ansprechpartner*innen).

fördernde Faktoren

- Orte sozialer Teilhabe, z.B. zur Vernetzung
- finanzielle Ressourcen (inkl. Know-How über mögliche Fördermittelgeber*innen)
- Schlüsselpersonen, als Rollenvorbild und Treiber*innen
- Vernetzung und Kommunikation (zu Verwaltung)

hemmende Faktoren

- sozioökonomischer Status als entscheidender Faktor zur Aufnahme eines Engagements
- Geschlecht und damit verbundene gesellschaftliche Rollenbilder

Abb. 7 Fördernde und hemmende Faktoren für bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen

Quelle: inhaltlich basierend auf Eckes & Dieckmann (2021, S. 98-100)

Aktuelle Herausforderungen für bürgerschaftliches Engagement

Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland steht landauf, landab vor aktuellen Herausforderungen. Nachfolgend wird auf ausgewählte Herausforderungen eingegangen, die auch für ländliche Räume konkret werden:

- Überforderung: Jede*r zweite Engagierte ist mehrfach engagiert (Kausmann & Hagen, 2022, S. 102). Dies führt i.d.R. zu höherem Zeitumfang und höherem Abstimmungsbedarf – auch in Bezug auf die Vereinbarkeit von freiwilliger Tätigkeit mit Beruf und Privatleben (vgl. u.a. Walter & Schönfeld 2021 zu hemmenden Faktoren zur Übernahme einer Führungsposition in der Freiwilligen Feuerwehr). Als herausfordernd sehen Engagierte zudem bürokratische Aufgaben. So wünscht sich jede zweite zivilgesellschaftliche Organisation den Abbau bürokratischen Aufwands (Priemer et al., 2017, S.28). Eine Befragung Engagierter in Baden-Württemberg ergab, dass die stärksten Belastungen im Datenschutz, in Steuerangelegenheiten und in Auflagen für Veranstaltungen gesehen werden (NKR, 2019, S. 20).

- Strukturwandel des Ehrenamts: Dass gesellschaftliche Entwicklungen wie z.B. Individualisierungstendenzen sich auch auf das Engagement auswirken, ist kein neues Phänomen: Bürgerschaftliches Engagement wird informeller, spontaner und projektgebender – was heute für Praxis wie Wissenschaft ein hochaktuelles Thema ist, wurde bereits vor knapp 20 Jahren in der Engagementforschung diskutiert (vgl. exemplarisch Hackett & Mutz, 2002). Gegenwärtig bekommen die Entwicklungen neue Triebkraft aufgrund der zunehmenden Digitalisierung und den damit verbundenen neuen Formen digitalen Engagements (vgl. u.a. zum digitalen Engagement junger Menschen den Dritten Engagementbericht, BMFSFJ 2020). Der Wunsch nach spontanem, ungebundenem Engagement drückt sich aktuell auch in der sinkenden Bereitschaft zur Übernahme von ehrenamtlichen Führungspositionen aus (Karnick et al., 2022, S.183).
- Auch die Corona-Pandemie wirkt sich auf das bürgerschaftliche Engagement und seine tragenden Organisationen aus (u.a. digitale Transformation vieler Engagementbereiche, Entwicklung neuer Formate, teilweise Rückgang an Engagierten aus vulnerablen Bevölkerungsgruppen, Auswirkungen von Mitgliederverlust und fehlender Einnahmen auf die Struktur von Organisationen) (vgl. u.a. Krimmer et al., 2020, Walter & Freise, 2021).

Die skizzierten Herausforderungen bergen für ländliche Räume teils eine besondere Sprengkraft. Denn Tendenzen zu spontanem, projektbezogenem Engagement stehen im Spannungsverhältnis zu geforderter Verbindlichkeit, um z.B. Strukturen und Angebote der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen verlässlich aufrechterhalten zu können (Eckes & Dieckmann, 2021, S. 97).

„Bürgerschaftliches Engagement muss neue Wege gehen, um aktuelle Herausforderungen zu meistern und Zukunftsfähigkeit zu gewährleisten.“

Carl-Eric Schlehmeier, Kreis Lippe
Projektmitarbeiter im SROI-Projekt



Quelle: Carl-Eric Schlehmeier

4.2 Die Rolle Engagierter in der Daseinsvorsorge

Dass Engagement in ländlichen Räumen immer mehr Bedeutung bei der Sicherstellung kommunaler Daseinsvorsorge zugeschrieben wird, resultiert u.a. aus aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen, die den Gewährleistungsstaat zunehmend unter Druck setzen (s. ausführlich dazu Abschnitt 3.1).

Wenn der ÖPNV mangels Auslastung nicht mehr aufrechterhalten werden kann, Einkaufsmöglichkeiten des täglichen Bedarfs wegbrechen oder einzelne Löschruppen nicht mehr über ausreichend Engagierte verfügen, um in Mannschftsstärke zum Einsatz ausrücken zu können, muss die öffentliche Hand neue Wege finden, wie die Daseinsvorsorge weiter vor Ort sichergestellt werden kann.

In ländlichen Räumen umfasst die organisierte Zivilgesellschaft regelmäßig in hohem Maße Vereine (z.B. Sport-, Brauchtums-, Heimat- oder Musikvereine). Genossenschaften gelten in ländlichen Räumen als „wichtige Form der Selbsthilfe“ (Rückert-John, 2005, S. 27). Sie kennzeichnet, dass sie kulturelle, ökologische, demokratische oder soziale Belange auf der Basis eines gemeinsamen Geschäftsbetriebs fördern (Freise & Walter, 2021, S. 65). Auch informelle, nicht organisierte zivilgesellschaftliche Vereinigungen sind in ländlichen Räumen vertreten, z.B. in Form von Bürgerinitiativen oder Selbsthilfegruppen.

Alle zivilgesellschaftlichen Organisationen vereint, dass sie überwiegend oder vollständig aus Engagierten bestehen.

Nicht wenige zivilgesellschaftliche Organisationen erbringen in ländlichen Räumen auch Angebote der freiwilligen Daseinsvorsorge: Leistungen, die sonst aus Kostengründen oder zu niedrigem Nutzungsverhalten wegfallen würden, können so aufrechterhalten werden:

- z.B. Bürgerbusse, die Mobilität gewährleisten.
- Dorfläden, oft als Genossenschaften organisiert, die Nahversorgung sicherstellen
- Sporteinrichtungen (u.a. Schwimmbäder), die von Vereinen getragen werden

Nicht eindeutig zuzuordnen, ist diesbezüglich die Nachbarschaftshilfe. Sie ist einerseits eine wichtige Form der Selbsthilfe für Menschen in ländlichen Räumen, gleichzeitig kennzeichnet Nachbarschaftshilfe ja gerade, dass sie im Privaten stattfindet und nicht organisiert ist. Damit fällt sie nicht unter das enge Verständnis von bürgerschaftlichem Engagement.

Eine besondere Rolle kommt bei der Daseinsvorsorge dem Engagement innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr zu. Sie ist keine zivilgesellschaftliche Organisation, sondern eine kommunale Einrichtung. Der Anteil an Engagierten ist in der Feuerwehr sehr hoch. In Nordrhein-Westfalen etwa sind etwa 85 Prozent der aktiven Feuerwehrleute freiwillig Engagierte (IM NRW, 2021, S.5). Innerhalb der Daseinsvorsorge bildet die Gewährleistung des Brandschutzes und

technischer Hilfeleistungen die einzige kommunale Pflichtaufgabe, die zu einem Großteil durch Engagierte durchgeführt wird.

Das größte Betätigungsfeld für bürgerschaftlich Engagierte bietet das Feld der freiwilligen kommunalen Aufgaben (z.B. Sport, Kultur). Hier können Organisationen wie Sport- oder Kulturvereine mit ihren Engagierten Leistungen der Daseinsvorsorge erbringen oder als Teil einer Kooperation agieren, z.B. im Rahmen einer Public-Private-Partnership, wie sie u.a. für Museen existiert.

4.3 Das Verhältnis von Kommune und Organisationen/ Engagierten in der Daseinsvorsorge (Governance)

Seit Mitte der 1990er, Anfang der 2000er Jahre gab es in Deutschland landauf, landab ähnliche Entwicklungen zu verzeichnen: die kommunale Haushaltslage wurde angespannter (u.a. aufgrund der Wiedervereinigung), Politik und Verwaltung verloren in der Bevölkerung an Akzeptanz (u.a. zunehmende Politiker*innenverdrossenheit, Vorbehalte gegen Verwaltungshandeln) und gesellschaftliche Probleme wurden konkreter (z.B. demographischer Wandel, soziale Ungleichheit). Die Reaktionen und Handlungsansätze auf diese Entwicklungen seitens Politik und Verwaltung lassen sich unter dem Leitbild des aktivierenden Staates zusammenfassen. Dieses basiert auf der Annahme, dass der Staat nicht (mehr) allein gesellschaftliche Herausforderungen bewältigen kann (im Hinblick auf finanzielle Ressourcen und Know-How) und deshalb verstärkt auf zivilgesellschaftliche Beteiligung und Kooperation setzt.

„Nicht allein der Staat soll daher für die Lösung gesellschaftlicher Probleme zuständig sein, sondern diese sollen, wo immer möglich, an die Zivil- und Bürgergesellschaft zurückgegeben werden oder zumindest gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren bearbeitet werden.“ (Bogumil & Jann, 2020, S. 42)

Das Leitbild steht für einen Paradigmenwechsel im Kräfteverhältnis Politik, Verwaltung und Bürger*innen: Bürger*innen werden nicht mehr ausschließlich als Adressat*in politisch-administrativen Han-

deln gesehen, sondern ihnen wird eine aktive Mitgestalter*innenrolle zugedacht (vgl. dazu das Konzept der Bürgerkommune nach Bogumil & Holtkamp, 2018). Beispiele zur Stärkung dieser Rolle bilden die Initiierung von Bürgerbeteiligungsverfahren oder die Förderung von bürgerschaftlichem Engagement zur Befähigung von Bürger*innen zu Co-Produzent*innen (z.B. als Träger eines Bürgerbads).

Die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen (Vereine, Verbände, Stiftungen, gGmbHs, Genossenschaften) hat in vielen kommunalen Handlungsfeldern bereits lange Tradition, z.B. im Rahmen der wohlfahrtsstaatlichen Leistungserbringung (vgl. u.a. Freise & Zimmer, 2019). Die Einbindung organisierter Interessen in Beratungs- und Konsultationskontexte (z.B. in Beiräten, Netzwerken oder Runden Tischen) hat durch die Entwicklungen seit der Jahrtausendwende einen neuen Schub erhalten.

Für Kommunalverwaltungen ergibt sich vor diesem Hintergrund eine neue Rolle: Verwaltungsakteur*innen werden zu Rahmenseiter*innen, Interaktionspartner*innen und Gestalter*innen von Regeln und Mechanismen der Zusammenarbeit (Walter, 2016).

Es gilt für sie, Bürger*innen zur Mitgestalter*innenrolle zu motivieren (durch finanzielle Anreize, Informationen, Aufrufe) und als verlässliche Partnerinnen gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen aufzutreten.

Dieser Perspektivenwechsel vom hierarchischen Steuern (Government) zur Kooperation staatlicher und nicht-staatlicher Akteure und dem veränderten Fokus auf die „Art und Weise dieser Tätigkeit“ (Benz & Dose, 2004, S. 17) wird als Governance-Ansatz in den Sozialwissenschaften seit den 1990er Jahren konkret.

Die in Abschnitt 3.1 skizzierten Entwicklungen lassen auch ausgewählte Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge zunehmend zu Kooperationsfeldern werden, in denen (organisierte) Zivilgesellschaft als Co-Produzent*in gefordert ist und die Kommune als ermöglichende Co-Produzent*in agiert (u.a. Anreize schaffen für bürgerschaftliches Engagement, als Ansprechpartnerin agieren).

Steinführer (2015, S. 8) sieht hier eine zweifache Verantwortungsverlage-

rung:

„Erstens erfolgt eine Delegation öffentlicher Aufgaben auf höhere, teils neue geschaffene Ebenen, z.B. von den Gemeinden auf Landkreise (...) Zweitens und in zunehmendem Maße sollen die Bürger selbst für bestimmte Leistungen Verantwortung übernehmen (...)“

Zur Mitgestaltung des Bereichs der Daseinsvorsorge steht der Zivilgesellschaft ein vielfältiges Spektrum an Partizipations- und Koproduktionsmöglichkeiten zur Verfügung: Protest, Konsultation, bürgerschaftliches Engagement in der Leistungserbringung.

Nach Steinführer (2015) erfolgt die Aktivierung von Bürger*innen zur Einbringung in die Daseinsvorsorge weniger top-down, als bottom-up – im Sinne von Selbstresponsibilisierung: Die Bürger*innen sehen sich selbst in der Verantwortung, da Angebote sonst wegfallen würden (Nahversorgung, Mobilität) und/oder aus Eigennutz, da Bürger*innen sonst in einer schlechteren Situation wären (z.B. Breitbandausbau, Schulschließung).

Mit der Verantwortungsverlagerung ergeben sich für Kommune und Zivilgesellschaft neue Governance-Arrangements, die es aktiv zu gestalten gilt:

- Welche verschiedenen Aufgaben kommen Verwaltungsakteur*innen zu, wie lassen sich unterschiedliche Rollen (Moderator*in, Motivator*in, Kooperationspartner*in) vereinbaren?
- Welche Regeln benötigt eine funktionierende Governance in der Daseinsvorsorge? Wie werden Entscheidungskompetenzen aufgeteilt?
- Wo liegen Chancen und Herausforderungen in der Zusammenarbeit zwischen Kommune und (organisierter) Zivilgesellschaft in der Daseinsvorsorge?

Nadler (2017, S. 508) appelliert diesbezüglich, auch den offensichtlichen *Elephant in the room* bei der Frage der nachhaltigen Einbindung von Engagierten in die lokale Daseinsvorsorge mitzudenken.

„Über die offensichtlichen Probleme – unter anderem, dass bestimmte Teilgruppen der Gesellschaft unterproportional engagiert sind, dass Engagement genau in den Regionen gering ist, die es am stärksten bräuchten, dass Engagement sich hin zu flexibleren Formen mit verringerter Verantwortungsübernahme entwickelt, wobei Daseinsvorsorge eigentlich stabile Strukturen bräuchte – wird kaum offen diskutiert.“

Nadler (2017, S. 499) argumentiert, dass es einer Überdenkung bisher etablierter Anerkennungskultur bedarf und dass es – im Sinne lokaler Governance – ein Umdenken staatlicher Akteur*innen in ihrem Selbstverständnis benötigt, sollten sie es bei der nachhaltigen Einbindung von Engagierten zur Sicherstellung der Daseinsvorsorge unter der Prämisse eines gleichberechtigten Kooperationsverhältnisses ernst meinen.

In Bezug auf kommunale Rahmenbedingungen fordert die Arbeitsgruppe „Zukunftsperspektiven ländlicher Räume in NRW“ der Landesarbeitsgemeinschaft Nordrhein-Westfalen der ARL in ihrem Positionspapier, bürgerschaftliches Engagement als zentrale Kraft nachhaltiger ländlicher Entwicklung ähnlich wertzuschätzen und auszustatten wie andere Kernbereiche kommunaler Selbstverwaltung, wie etwa die kommunale Wirtschaftsförderung (ARL, 2022, S. 1).

5 Forschungsüberblick: Bürgerschaftliches Engagement in ausgewählten Handlungsfeldern der Daseinsvorsorge

Im folgenden Abschnitt wird der Forschungsstand zum bürgerschaftlichen Engagement in den drei ausgewählten Handlungsfeldern des Projekts skizziert. Die Aufarbeitung orientiert sich an folgenden Leitfragen:

- Welchen Beitrag leisten Engagierte im jeweiligen Feld der Daseinsvorsorge?
- Welche sozialwissenschaftlichen Erkenntnisse gibt es zum Engagement (zu Engagierten und ihren Organisationen und der Zusammenarbeit mit kommunalen Akteur*innen) im jeweiligen Feld?

5.1 Brandschutz und technische Hilfeleistung

Die Sicherstellung von Brandschutz und technischer Hilfeleistung gehört zu den Pflichtaufgaben einer Kommune. Zur Einrichtung von Berufsfeuerwehren sind dabei ausschließlich kreisfreie Städte verpflichtet – gem. §8 (1) BHKG (Gesetz über den Brandschutz, die

Hilfeleistung und den Katastrophenschutz). Jede der 396 Gemeinden in NRW verfügt hingegen über eine Freiwillige Feuerwehr. In fast drei Vierteln aller NRW-Kommunen wird der Brandschutz sogar vollständig von Engagierten sichergestellt (Schöneborn, 2019, S. 16). Aus dem Gefahrenschutzbericht NRW geht hervor, dass in 2020 etwa 85 Prozent der Feuerwehrleute ehrenamtlich tätig waren (IM NRW, 2021, S. 5). Die Zahlen illustrieren anschaulich die große Relevanz der freiwillig Engagierten in diesem Feld der Daseinsvorsorge.

Engagierte sind „ehrenamtlich im Dienst der Gemeinde tätig“ (§9 BHKG), wengleich es sich hierbei nicht um ein klassisches Ehrenamt nach §28 GO NRW handelt. Die hohe kommunale Bedeutung dieses Ehrenamts wird u.a. daran deutlich, dass das BHKG Gemeinden nach §14 die Grundlage erteilt, Einwohner*innen (zwischen 18 und 60 Jahre) zum Dienst in der Feuerwehr zu verpflichten, sollten sich nicht genug freiwillig Engagierte finden.

Auch im Hinblick auf Voraussetzungen und Tätigkeitsschwerpunkte ist das Ehrenamt in der Freiwilligen Feuerwehr besonders (Walter & Schönfeld, 2021, S. 241–243):

Eine besondere Rolle spielt etwa Qualifizierung. So ist das Absolvieren einer Grundausbildung Voraussetzung für den aktiven Dienst in der Feuerwehr. Im weiteren Verlauf wird die Bereitschaft erwartet, regelmäßig an Weiterbildungen teilzunehmen.

Während es sich als zunehmender Trend der Individualisierung zeigt, dass Engagierte die Ausübung ihres Engagements gern selbst ausgestalten möchten (vgl. u.a. Freise & Walter, 2021, S. 83), gerade aufgrund der unberechenbaren Einsatzlage für Engagierte nicht planbar.

Eher selten für Ehrenämter ist zudem das Risiko, dass die Ausübung zu psychischen Belastungen führen kann (u.a. können Verkehrsunfälle oder Brände mit Personenschaden eine besondere psychische Herausforderung bergen).

Während der zeitliche Umfang für die Ausübung freiwilliger Tätigkeiten gemäß den Daten der Freiwilligensurveys sukzessive abnimmt (Kelle et al., 2022, S. 176), gehört das Feuerwehr-Ehrenamt aufgrund von Einsätzen und notwendiger Weiterbildung zudem traditionell zu den zeitaufwendigsten Ehrenämtern (Hameister et al, 2016, S. 336).

Schließlich basiert die Freiwillige Feuerwehr auf dem Grundsatz von Befehl und Gehorsam. Das bedeutet, dass im Einsatz Dienstvorgesetzte verbindliche Anweisungen erteilen, die umgesetzt werden müssen. Dieses Unterordnungsprinzip ist jedoch für viele, insbesondere jüngere Engagierte, nicht mehr attraktiv.

Die sozialwissenschaftliche Forschung hat sich bereits umfassend mit Motivationsfaktoren und Hemmnissen von Engagierten im Zivil- und Katastrophenschutz auseinandergesetzt. Zu nennen sind hier u.a. folgende Studien: Die bundesweite Befragung von über 10.000 Einsatzkräften (u.a. aus der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr) zur Haltekraft und möglichen Ausstiegsfaktoren der Hochschule Magdeburg-Stendal im Auftrag des BMI (Wenzel et al., 2012) und die bundesweite Befragung von 1.000 Personen zu Motivation, Anreizen und Bereitschaft zum Engagement im Zivil- und Katastrophenschutz der Universität Witten/Herdecke (Wendekamm & Matzke, 2015). Speziell zur Motivation und Zufriedenheit von Engagierten im Zivil- und Katastrophenschutz in ländlichen Räumen hat das BMBF-Projekt INKA im Rahmen seiner Online-Befragung von über 4.000 Personen gearbeitet (Kietzmann et al., 2016).

Auch speziellen sozialen Gruppen als Engagierte im Zivil- und Katastrophenschutz hat sich die Forschung gewidmet, u.a. Frauen (ISOKIA, 2012), Senior*innen (FFG, 2012) und Migrant*innen (2012) – alle drei Studien wurden beauftragt vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK).

Wenzel et al. (2012: S. 145–147) konstatieren für Engagierte der Freiwilligen Feuerwehr eine eher geringe Ausstiegsbereitschaft (unter drei Prozent der Befragten). Motivation erfahren die Engagierten im Bevölkerungsschutz nach der Studie insgesamt auf Basis folgender Faktoren: Freude an der Tätigkeit, starkes Pflichtgefühl, das Bedürfnis zu helfen, Zugehörigkeit und Verbundenheit zur Organisation sowie die Möglichkeit zur persönlichen Weiterentwicklung. Mögliche Ausstiegsfaktoren sehen die Befragten auf persönlicher Ebene in der teils schwierigen (zeitlichen) Vereinbarkeit des Engagements mit dem Privat- und Berufsleben sowie auf Organisations-ebene mit Konflikten im Team oder Unzufriedenheit mit Management und Führung.

Auch das BMBF-Projekt INKA diagnostiziert Handlungsbedarf bei den Organisationen. Wendekamm und Matzke (2015, S. 303) sehen diese in

der Pflicht, „veränderte[n] gesellschaftliche[n] Rahmenbedingungen und die persönlichen Motive jedes Einzelnen zur Kenntnis [zu] nehmen [...] [und] ihre eigenen Organisationsstrukturen auf diese ‚neuen‘ Bedürfnisse der bereits Engagierten bzw. Engagementinteressierten an[z]upassen und um[z]ubauen.“

Speziell zu Rekrutierungswegen und Motivationslagen von Feuerwehrleuten in ländlichen Räumen haben Kietzmann, Bischoff und Schmidt (2016, S. 84–90) in ihrer Studie herausgearbeitet, dass die Aufnahme des Ehrenamts regelmäßig über das nahe Umfeld (Familie, Freunde) erfolgt. Die Übernahme von sozialer Verantwortung ist einer der zentralen Motivationsfaktoren. Als herausfordernd stufen die Engagierten Unstimmigkeiten unter den Engagierten sowie fehlende Vereinbarkeit von Engagement mit Berufs- und Privatleben ein.

Resümierend aus den Studien lässt sich eine insgesamt recht hohe Motivation unter den Engagierten ableiten, wenngleich bestehende Herausforderungen auf persönlicher und Organisationsebene sichtbar werden.

In der Praxis bereits augenfällig, aber noch wenig sozialwissenschaftlich beforscht, gilt der Mangel an ehrenamtlichen Führungskräften innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr. Das Beispiel Nordrhein-Westfalen zeigt auf, dass die Zahl der Engagierten innerhalb der Freiwilligen Feuerwehr nicht gesunken, sondern eher noch leicht gestiegen ist von 2019 auf 2020 (vgl. u.a. IM NRW, 2021, S. 5; IM NRW, 2020, S. 5). Jedoch beklagen einzelne Feuerwehren eine mangelnde Nachfrage an der Übernahme von Leitungsfunktionen, was u.a. auch das Projekt Feuerwehrensache des Innenministerium NRW offenbart hat (IM NRW, 2017, S. 74). Führungspositionen sind jedoch in der Feuerwehr zentral – ohne Führung kann eine Löschgruppe im Einsatz kaum agieren, auch als soziale Gruppe benötigt sie eine Koordination.

Walter und Schönfeld (2021, S. 245–247) identifizieren auf Basis einer NRW-Fallstudie aus Perspektive freiwilliger Feuerwehrleute als mögliche Herausforderungen bei der Übernahme einer Führungsposition ähnliche Motive wie bei Engagierten aus dem Bereich Feuerwehr insgesamt (u.a. schwierige Vereinbarkeit, hohe Zeitinvestitionen). Herausforderungen sehen die interviewten Engagierten mit und ohne Führungsverantwortung zudem auch auf der Ebene der Zusammenarbeit mit der Kommune. So beklagen sie u.a. fehlende Wertschätzung, hohen administrativen Aufwand und teilweise intransparente Kommunikation.

Die identifizierten Herausforderungen für das Feuerwehr-Ehrenamt (u.a. Vereinbarkeit, Probleme der Nachwuchsrekrutierung, bürokratische Hürden) – verknüpft mit knappen kommunalen Kassen (z.B. für notwendige Sanierungen von Gerätehäusern) – lässt für Feuerwehren das Thema Fusion relevant werden. Medienberichte illustrieren anschaulich, dass die Zusammenlegung (Fusion) einzelner Löschgruppen für Freiwillige Feuerwehren in NRW auf die Agenda rückt. Einschlägige Studien zu Gründen und Auswirkungen auf Engagierte gibt es dazu (noch) nicht.

5.2 Mobilität

Mobilität in ländlichen Räumen wird zunächst an konventionellen Mobilitätsangeboten in Form von Bahnverbindungen oder Linienbussen konkret, die über feste Fahrpläne, Routen und Haltestellen verfügen und gewerblich betrieben werden (Oswalt et al., 2021, S. 23). Zusätzlich können sie um bedarfsförmige Angebote, wie etwa Rufbusse, ergänzt werden. Bei diesem wird ein per Telefon oder App bestellbarer Bus von einem Verkehrsunternehmen betrieben. Die Zukunftsfähigkeit und Eignung eines solchen gewerblichen Bedarfsverkehrs für ländliche Räume sind jedoch umstritten

(Mehlert & Schiefelbusch, 2018). Ein solches konventionelles Mobilitätsangebot adressiert in erster Linie Personen, die kein eigenes Auto besitzen, und daher auf die Beförderung angewiesen sind. Für Personen mit eigenem PKW kann solch ein Angebot primär durch hohe Flexibilität und Fahr-Sequenz attraktiv werden.

Die Diskussion um die Zukunft konventioneller Mobilitätsangebote in ländlichen Räumen dreht sich vor allem darum, in welcher Form überhaupt eine ausreichende Nachfrage besteht, um ein umfassendes ÖPNV-Angebot langfristig aufrechterhalten und finanzieren zu können (Dietl et al., 2016, S. 240). In diesem Zusammenhang wird außerdem der gewerbliche Einsatz selbstfahrender Fahrzeuge für den Bedarfsverkehr in ländlichen Räumen diskutiert. Durch den Verzicht auf Fahrer*innen soll dieser wirtschaftlich rentabel werden. Das Potenzial eines solchen Angebotes durch technische Neuerungen wurde bisher in verschiedenen Studien ausgelotet, eine flächendeckende Umsetzung findet jedoch nicht statt (Sonderegger et al., 2019; Mörner & Boltze, 2018).



Abb. 8 Bürgerbus im Kalletal

Quelle: Bürgerbusverein Kalletal e.V.

Das SROI-Projekt interessiert sich für alternative Mobilitätsangebote, welche im Rahmen bürgerschaftlichen Engagements betrieben werden. Im Fokus stehen dabei die sogenannten Bürgerbusse. Diese werden durch ehrenamtliche Fahrer*innen betrieben und sind über Bürgerbusvereine organisiert. Sie befahren in der Regel festgelegte Linien mit festen Haltestellen, können aber auch nach Bedarf bzw. als Rufbus betrieben werden (Steinrück & Küpper, 2010, S. 54). Dieses Modell ist von den durch Verkehrsunternehmen betriebenen Rufbussen abzugrenzen, da sie nicht gewinnorientiert sind und in der Regel nicht gegen Bezahlung angeboten werden. Dem Bereich der alternativen Mobilitätsangebote lassen sich außerdem weitere Initiativen zuordnen. Zu diesen zählen ehrenamtlich betriebene ‚Bürgerfahrdienste‘ die nicht auf Vereinsebene organisiert sind, sondern direkt von Kommunen betrieben werden und bei denen Ehrenamtliche ihre Privat-PKWs nutzen, um Fahrdienste anzubieten. Wie auch bei den Bürgerbussen werden diese hauptsächlich von Senior*innen genutzt (Pitz et al. 2017, S. 249; Schiefelbusch & Kreinberger, 2020). Hinzu kommen sogenannte Mitfahrbänke, die die Möglichkeit bieten sollen, spontan von privaten PKW-Fahrer*innen mitgenommen zu werden (Becker et al., 2020). Bei den durch Vereine betriebenen Bürgerbussen handelt es sich jedoch um ein bundesweit auftretendes und etabliertes Phänomen.

Die ersten Pilotprojekte zu Bürgerbussen wurden in den 1980er Jahren in Nordrhein-Westfalen initiiert (Schiefelbusch, 2016, S. 82). Heute gibt es bundesweit ca. 400 Bürgerbusvereine, von denen ca. 140 in Nordrhein-Westfalen aktiv sind.² Diese sind im Verein Pro Bürgerbus NRW e.V. auch überregional organisiert, welcher unter anderem Hilfestellung zur Gründung und Aufrechterhaltung von Bürgerbusprojekten leistet (Pro Bürgerbus, 2021; 2017).

Innerhalb der zum Bereich der ‚alternativen Mobilitätsangebote‘ vorliegenden Studien finden Bürgerbusse bzw. Bürgerbusvereine zwar häufig Erwähnung als beispielhafte alternative Mobilitätsform in ländlichen Räumen, werden jedoch nur seltener explizit untersucht.

Dietl et al. (2016, S. 240) beforschen Mobilität speziell im Zusammenhang mit Nahversorgung in ländlichen Gemeinden. Bürgerbusse werden dabei als Möglichkeit zur Sicherstellung von Nahversorgung genannt, jedoch nicht eingehender thematisiert und unter dem Begriff Mikro-ÖV zusammengefasst. Gleichzeitig plädieren die Autor*innen (2016, S. 241-244) dafür, Mobilitätsangebote direkt an lokale Nahversorgung anzubinden und Nah-

versorger entsprechend als Kooperationspartner*innen zu gewinnen.

Steinrück und Küpper (2010, S. 53-55) fassen Erkenntnisse aus Praxisberichten zu Bürgerbusvereinen zusammen. Sie stellen fest, dass Bürgerbusse eine Ergänzung zum bestehenden konventionellen ÖPNV-Angebot darstellen, für die sich aber erst in Orten ab einer Einwohnerzahl von 8.000 bis 10.000 genügend Fahrer*innen und potenzielle Fahrgäste finden. Um langfristig erfolgreich zu sein, sollte der Bürgerbus gemeinsam mit einem Verkehrsunternehmen betrieben sowie von langfristig engagierten Personen betreut werden.

Zusammenfassungen bisheriger Erfahrungen mit Bürgerbussen und das Ableiten von Handlungsempfehlungen für eine erfolgreiche Umsetzung stellen einen Großteil der vorhandenen Literatur zu Bürgerbussen dar (Burmeister 2010; Steinrück & Küpper, 2010; Schiefelbusch, 2016). Eingehendere Untersuchungen einzelner Aspekte wie etwa der Motivation von Engagierten, der Wahrnehmung des Angebotes durch die Adressierten oder die Rolle der Kommune bei Initiierung und Betrieb der Bürgerbusse oder die Zusammenarbeit mit Verkehrsbetrieben, welche die Busse zur Verfügung stellen, finden kaum statt. Als eine der wenigen vorliegenden Untersuchungen von Bürgerbusvereinen ist die Arbeit von Pitz, Gardian und Alkas (2017) hervorzuheben. Die Autor*innen untersuchen mit einem quantitativen Ansatz die Motivation des Engagements in Bürgerbusvereinen sowie die Faktoren eines langfristigen Erfolgs von Bürgerbusprojekten. Während die primäre Motivation der Engagierten in der Hilfeleistung für ‚die Gemeinschaft‘ liege, sehen die Autor*innen den wesentlichen Faktor für langfristigen Erfolg des Bürgerbusses darin, dass dieser aus der Bürgerschaft selbst initiiert worden ist und die Beteiligten dauerhaft motiviert und engagiert bleiben. Dies wird gleichzeitig durch die typische Altersstruktur gefährdet, da sich die Mehrheit der Engagierten bereits im Rentenalter befindet (Pitz et al., S. 252-254). Während Pitz, Gardian und Alkas den Bürgerbusprojekten attestieren, als sinnhafte Ergänzung zum bestehenden ÖPNV-Angebot zu agieren, wird gleichzeitig davor gewarnt, Bürgerbusse als Ersatz zu betrachten und ihre langfristige Zuverlässigkeit angezweifelt (Zistel et al., 2020).

Qualitative Untersuchungen, die sich eingehend mit Engagierten in Bürgerbusvereinen auseinandersetzen, fehlen bisher. Mit diesen könnten die quantitativ erfassten Motivationen eines Engagements weiter untersucht oder die Wahrnehmung des Bürgerbusses durch die Dorfgemeinschaft in

²Siehe für einen Überblick über bestehende Bürgerbusvereine in NRW: <https://infoportal.mobil.nrw/projekte/buergerbus.html>

den Blick genommen werden. Des Weiteren fehlen eingehendere Untersuchungen zur Rolle von Lokalpolitik und Kommunalverwaltung bei der Initiierung und Aufrechterhaltung von Bürgerbusvereinen. Auch die Beziehung zwischen Bürgerbusvereinen und Verkehrsbetrieben, wird bislang in der Forschung nicht näher beleuchtet.

„Bürgerbusvereine und Dorfläden sind prominente, aber kaum erforschte Beispiele selbstorganisierter Daseinsvorsorge.“

Tim Hübner, HSPV NRW
Wissenschaftlicher Mitarbeiter im
SROI-Projekt



Quelle: Tim Hübner

5.3 Nahversorgung

Wie schon im Bereich der Mobilität, kann auch hinsichtlich der Nahversorgung in ländlichen Räumen zwischen klassischen und alternativen Angeboten unterschieden werden.

Als klassische Angebote der Nahversorgung können Supermärkte, Hausärzte und Apotheken bezeichnet werden. Diese werden in ländlichen Räumen tendenziell weniger (Zibell et al., 2015, S. 141). Mögliche Umgänge mit dieser Entwicklung werden vor allem in den Raum- und Planungswissenschaften diskutiert (Rauh & Rauch, 2019; Trostorff, 2017; Burgdorf et al., 2015). Innerhalb der dortigen Forschung werden mithilfe von Erreichbarkeitsanalysen die Standortverteilung von Nahversorgungsmöglichkeiten mit Hilfe von GIS-Daten untersucht. Dabei wird u.a. festgestellt, dass gerade bei der fußläufigen Erreichbarkeit von Nahversorgungsmöglichkeiten ein extremes Stadt-Land-Gefälle besteht (Neumeier & Kokorsch, 2021; Rauh & Rauch, 2019; Burgdorf et al., 2015). Auch die Zufriedenheit mit bestehenden Angeboten wird in den Blick genommen und festgestellt, dass diese in ländlichen Räumen zwar nicht massiv von urbanen Räumen abweicht, jedoch lange Anfahrtswege einen großen Unzufriedenheitsfaktor darstellen (Pechtl, 2016). Auf Grundlage qualitativer Untersuchungsmethoden werden außerdem Lösungsvorschläge wie mobile Supermärkte, Dorfläden oder eine veränderte kommunale Raumplanung diskutiert (Trostorff, 2017; Zibell, 2015; Eberhardt et al., 2014). Hinzu kommen Bestandsaufnahmen und Vergleiche von bestehenden Fördermaßnahmen in den europäischen Ländern (Küpper & Tautz, 2015), zu denen beispielsweise die finanzielle Unterstützung von Dorfläden durch Kommunen gehört (Eberhardt, 2019). Außerdem werden Lösungsansätze diskutiert, wie der Ausbau eines auf Bestellung und Lieferung basierenden Lebensmittelhandels in ländlichen Räumen gelingen kann, für dessen Umsetzungspotenzial auch Ideen einer Crowd-Logistik, bei der sich Freiwillige an der Auslieferung beteiligen, aufgegriffen werden (Kokorsch & Küpper, 2019).

Alternative Angebote der Nahversorgung finden sich in ländlichen Räumen vor allem in Form von Genossenschaften und bürgerschaftlich betriebenen Dorfläden. Genossenschaften und Dorfläden stellen eine Form der Nahversorgung dar, die aus der Bevölkerung heraus betrieben wird, und in welche die Bewohner*innen sich selbst aktiv als Engagierte einbringen und somit einen Teil der Daseinsvorsorge vor Ort selbst in die Hand nehmen. Seit den 2000er Jahren lassen sich ein verstärktes Wachstum und Neugründungen von Genossenschaften beobachten (Schröder & Walk, 2014, S. 13-15), zu denen auch Dorfläden gezählt werden können. Sie bilden eine Alternative zur Nahversorgung durch Supermärkte, insbesondere in sehr kleinen Ortschaften, und sind häufig genossenschaftlich organisiert (Walk, 2019, S. 133; Adams & Durst, 2018). Dorfläden sind besonders in den südlichen Bundesländern verbreitet und etabliert (Adams & Durst, 2018, S. 125). Sie können als Beispiel betrachtet werden, an dem sich das Spannungsverhältnis zwischen abnehmender Nahversorgung und den Möglichkeiten selbstorganisierter Daseinsvorsorge durch die Bürgerschaft veranschaulichen lässt (Haunstein, 2019, S. 270).

Im SROI-Projekt stehen Dorfläden im Mittelpunkt der Untersuchung von Nahversorgung, welche aus der Dorfgemeinschaft heraus initiiert und genossenschaftlich, als GmbH, als gemeinnützige gGmbH oder durch die Kommune betrieben werden (Eberhardt et al., 2021, S. 29) und vor allem Ehrenamtliche für den Ladenbetrieb einsetzen. Mobile Supermärkte, Lieferservices oder automatisierte Selbstbedienungs-Läden ohne Verkaufspersonal, die von externen Unternehmen betrieben oder bereitgestellt werden, sind dabei nicht Gegenstand des Projektes. Gleichzeitig können ehrenamtlich betriebene Dorfläden ihr Angebot beispielsweise um von den Öffnungszeiten unabhängige Selbstbedienungs-Automaten oder Lieferservices erweitern oder Zutrittsmöglichkeiten für Genossenschaftsmitglieder rund um die Uhr schaffen (Eberhardt et al., 2021, S. 17-19).

Es findet sich eine Reihe aktueller Untersuchungen von (überwiegend genossenschaftlich organisierten) Dorfläden auf Basis qualitativer Interviews (Räbiger, 2020; Haunstein, 2019; Adams & Durst, 2018). Die Perspektiven reichen dabei von Fragen nach Funktionsfähigkeit und -übernahme für die lokale Daseinsvorsorge (Haunstein, 2019; Adams & Durst, 2018) bis hin zur Analyse von Gründen des Scheiterns und der Aufgabe bestehender Dorfläden (Räbiger, 2020). Hinzu kommt die Untersuchung der Zukunftsfähigkeit und der Erweiterung des Versorgungspotenzials von Dorfläden und wie diese erreicht werden können. Dabei werden auch speziell die Möglichkeiten

„Ziel von SROI muss es sein, eine Handreichung zu entwickeln, die auch in den Rathäusern, Landratsämtern und Vereinsheimen gewinnbringend und gerne gelesen wird.“

PD Dr. Matthias Freise, Akademischer Ober-
rat am Institut für Politikwissenschaft der
WWU Münster



Quelle: PD Dr. Matthias Freise

der Digitalisierung in den Blick genommen, beispielsweise Online-Bestellmöglichkeiten oder App-unterstützte Selbstbedienungskonzepte (Schatz et al., 2021; Meier et al., 2017).

Eberhardt, Küpper und Seel (2014: 219-221) beziehen Dorfläden in ihre vergleichende quantitative Studie verschiedener Nahversorgungskonzepte für ländliche Gemeinden ein. Diesen sprechen sie eine gewinnbringende soziale Funktion zu, bemängeln aber gleichzeitig fehlendes Potenzial der wirtschaftlichen Eigenständig- und Langfristigkeit. Eine aktuelle Untersuchung der gleichen Autor*innen konzentriert sich auf die Wahrnehmung von Dorfläden durch die (potenzielle) Kundschaft und ermittelt per quantitativer Befragung Erfolgsfaktoren für das langfristige Bestehen von Dorfläden. Zu diesen zählen sie insbesondere die Ausgestaltung der sozialen Komponente des Ladens als Treffpunkt im Ort. Zusätzlich stellen sie fest, dass in solchen Läden, die mit Ehrenamtlichen arbeiten oder durch die Kommune

unterstützt werden, kein Effekt dieser Maßnahmen auf den Umsatz festgestellt werden kann (Eberhardt et al., 2021, 23–28, 48).

Fragestellungen die sich expliziter mit möglichen Motiven für oder gegen ein ehrenamtliches Engagement in Dorfläden auseinandersetzen, fehlen in den wissenschaftlichen Untersuchungen. Nach Motiven die über das Bedürfnis nach Nahversorgung im eigenen Wohnort hinausgehen, wird nicht gefragt. Auch die damit zusammenhängende Frage nach möglichen Auswirkungen der sozialen Komponente von Dorfläden als Treffpunkt für andere bürgerschaftliche oder private Aktivitäten im Ort wird nicht gestellt. Dorfläden werden als geeignete Möglichkeit zur Sicherung der Daseinsvorsorge beschrieben und Handlungsempfehlungen für Kommunen zur Unterstützung entsprechender Initiativen formuliert. Welchen Einfluss die Kommune auf ein langfristiges Bestehen von Dorfläden nehmen und wie ein Zusammenspiel von Kommune und Dorfläden ausgestaltet werden kann, wird jedoch nur unzureichend in den Blick genommen.

6 (Zwischen-)Fazit und Ausblick

Das SROI-Projekt betrachtet bürgerschaftliches Engagement im ländlichen Raum aus Adler- und aus Froschperspektive gleichermaßen: Einerseits ist das Engagement der Bürger*innen heute fester Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge, sei es historisch gewachsen wie in den Freiwilligen Feuerwehren oder als Reaktion auf sich verschlechternde Rahmenbedingungen der jüngeren Zeit wie den demographischen Wandel (im Fokus: Bürgerläden und Bürgerbusse). Andererseits ist das Engagement für die Menschen in ländlichen Räumen essentieller Bestandteil ihrer Lebensqualität: Ohne die Angebote von Vereinen, Kirchengemeinden, Selbsthilfegruppen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen würde der soziale Kleister abhandenkommen, der für das soziale Miteinander unverzichtbar ist. In ländlichen Räumen ist das noch viel stärker der Fall als in den großen Städten, denn hier fehlen in vielen Bereichen die hauptamtlich erzeugten Dienste der öffentlichen Hand und auch der Markt kompensiert das Wegbrechen bürgerschaftlichen Engagements häufig nicht: Zerfällt ein Sportverein, entsteht nicht zwangsläufig ein Fitnessstudio, ausgedünnte Angebote im ÖPNV können nicht einfach durch Taxifahrten ersetzt werden und die Zwangsrekrutierung von Mitgliedern einer Pflichtfeuerwehr kann für erheblichen Unmut in der Dorfgemeinschaft sorgen.

Für Kommunen und zivilgesellschaftliche Organisationen ist die Sicherung

von und die Begeisterung für bürgerschaftliches Engagement deshalb eine zentrale Herausforderung der Daseinsvorsorge und der kommunalen Demokratiepolitik. Verödet das Engagement, werden Dörfer und Kleinstädte für die Bürger*innen immer unattraktiver und es droht ein Teufelskreis aus dem Wegzug der jüngeren, qualifizierten und einkommensstärkeren Bevölkerung, fehlenden Einnahmen und Investitionen und einer Verstärkung der wirtschaftlichen Strukturschwäche, was wiederum zu fehlenden Arbeits- sowie Ausbildungsplätzen und einer Verstärkung des Schrumpfungsprozesses führt.

Was lässt sich konkret unternehmen, um diesem Teufelskreis zu entgehen oder ihn zu durchbrechen? Dies ist die überwältigende Fragestellung des Forschungsprojektes SROI, das in einem ersten Schritt den Wert bürgerschaftlichen Engagements im Kreis Lippe quantifiziert und sichtbar macht, um dann im zweiten Schritt Best Practices in ausgewählten Organisationen dieser Region zu identifizieren: Was sind die Gelingensbedingungen für die Sicherung und Neugewinnung bürgerschaftlichen Engagements unter sich verschlechternden Rahmenbedingungen? Was können Kommunalverwaltungen tun, um zivilgesellschaftliche Organisationen in diesem Prozess zu unterstützen, was sollten sie besser unterlassen? Und inwieweit lässt sich bürgerschaftliches Engagement im Interesse aller Beteiligten sinnvoll in die kommunale Daseinsvorsorge einbinden, ohne bloß etablierte Angebote zu substituieren?

Die Antworten auf diese Fragen werden so aufbereitet, dass sie auch außerhalb des Kreises Lippe einen Beitrag leisten können, bürgerschaftliches Engagement resilient zu machen. Gelingt dies, liefert das Projekt SROI weit mehr als bloß ein weiteres Mosaikstück für die sozialwissenschaftliche Zivilgesellschaftsforschung, die sich in jüngerer Zeit intensiv dem bürgerschaftlichen Engagement in ländlichen Räumen widmet.

Literatur

- Abt, J., & Diringer, J. (2020). Kommunen und Forschung. Herausforderungen der Transdisziplinarität. https://kommuneninnovativ.de/sites/default/files/Oa_abt_kommunenforschung.pdf
- Adams, I., & Durst, S. (2018). Eigenschaften der genossenschaftlichen Dorfläden in Deutschland. In R. Doluschitz (Hrsg.). *Hohenheimer Genossenschaftsforschung 2018* (S. 122-138). Universität Hohenheim.
- Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (ARL). (2022). *Ländliche Räume in NRW – Räume mit Zukunftsperspektiven*. Schwerpunktthema „Bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt“ Teil-Positionspapier 3. Positionspapier aus der ARL 131. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0156-01317>
- Becker, J., Bles, V., Krause, K., & Weißhand, M. (2020). Mitfahrbanke: ein Puzzleteil für Mobilität im ländlichen Raum. *Der Nahverkehr* 7-8/2020, 44-50.
- Benz, A., & Dose, N. (2004). Governance – Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept? In Ders. (Hrsg.). *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen* (S. 11-28). Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI). (2019). *Unser Plan für Deutschland – Gleichwertige Lebensverhältnisse überall*. <https://www.bmfsfj.de/blob/137240/e94cf2ffab8768fd37a1e632db3ee51e/schlussfolgerungenkommission-gleichwertige-lebensverhaeltnisse-langversion-data.pdf>.
- Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMVI). (2016). *Regionalstrategie Daseinsvorsorge. Leitfaden für die Praxis*. https://www.bbsr-bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/ministerien/bmvi/verschiedene-themen/2016/regionalstrategiedaseinsvorsorge-leitfaden-dl.-pdf?__blob=publicationFile&v=4
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL). (2019). *Bundesprogramm Ländliche Entwicklung. Ideen und Impulse für die Zukunft unserer ländlichen Räume*. https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/bundesprogramm-laendliche-entwicklung2019.pdf?__blob=publicationFile&v=8
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen, Jugend (BMFSFJ). (2020). *Dritter Engagementbericht. Zukunft Zivilgesellschaft: Junges Engagement im digitalen Zeitalter*. <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/ministerium/berichte-der-bundesregierung/dritter-engagementbericht>
- Böcher, M. (2016). Regional Governance und ländliche Räume. In M. Herbst, F. Dünkler & B. Stahl (Hrsg.). *Daseinsvorsorge und Gemeinwesen im ländlichen Raum* (S. 61-80). SpringerVS.
- Bogumil, J., & Holtkamp, L. (2018). Bürger und Verwaltung. In S. Veit, R. Reichard & G. Wewer (Hrsg.). *Handbuch zur Verwaltungsreform* (S. 1-15). SpringerVS <https://doi.org/10.1007/978-3-658-21571-2016-1>
- Bogumil, J., & Jann, W. (2021). *Verwaltung und Verwaltungswissenschaft in Deutschland. Eine Einführung* (3. Aufl.). SpringerVS.
- Burgdorf, M., Krischowsky, G., & Müller-Kleißler, R. (2015). Indikatoren zur Nahversorgung. Erreichbarkeit von Gütern und Dienstleistungen des erweiterten täglichen Bedarfs. *BBSR-Analysen Kompakt* 10/2015.
- Burmeister, J. (2010). *Der Bürgerbus: ehrenamtliches Engagement der besonderen Art – Bericht und Empfehlungen aus der Praxis*. *Informationen zur Raumentwicklung* 7/2010, 517-523.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). (2022). *Laufernde Raumbewertung – Raumabgrenzungen – Siedlungsstrukturelle Kreistypen*. <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/raumbewertung/Raumabgrenzungen/deutschland/kreise/siedlungsstrukturelle-kreistypen/kreistypen.html?nn=2544954>
- Defila, R., & Di Giulio, A. (2016). *Wie es begann – Vom Begleiten und vom Beschreiten gemeinsamer Wege*. In R. Defila & A. Di Giulio (Hrsg.). *Transdisziplinär forschen – zwischen Ideal und gelebter Praxis. Hotspots, Geschichte, Wirkungen* (S. 9-26). Campus.
- Deutscher Bundestag (2002). *Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“*. <http://dipbt-bundestag.de/dip21/btd/14/089/1408900.pdf>
- Deutsches Institut für Urbanistik (Difu). (2021a). *Kommunen & Forschung. Herausforderungen der Transdisziplinarität*. <https://kommunen-innovativ.de/kommunenforschung>
- Deutsches Institut für Urbanistik (Difu). (2021b). *Kommunen innovativ. Neue Lösungen für Kommunen und Regionen im demografischen Wandel*. <https://kommunen-innovativ.de>
- Deutscher Städtetag (2020). *Stadtfinanzen 2020. Schlaglichter des Deutschen Städtetages*. Berlin und Köln.
- Dietl, W., Friedwanger, A., Hahn, B., Heintel, M., Langthaler, T., & N. Weixlbauer (2016). *Nahmobilität und Nahversorgung. Handlungsempfehlungen für ländlich periphere Gemeinden am Beispiel des Burgenlandes in Österreich*. In J. Fritz & N. Tomaschek (Hrsg.). *Gesellschaft im Wandel. Gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Perspektiven* (S. 227-246). Münster. Waxmann.
- Eberhardt, W. (2019). *Fördermöglichkeiten zur Sicherung der Nahversorgung*

- gung in ländlichen Räumen. Thünen Working Paper 128. Johann Heinrich von Thünen-Institut.
- Eberhardt, W., Pollermann, K., & Küpper, P. (2014). Sicherung der Nahversorgung in ländlichen Räumen. Impulse für die Praxis. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB).
- Eberhardt, W., Küpper, P., & Seel, M. (2021). Dynamik der Nahversorgung in ländlichen Räumen verstehen und gestalten: Impulse für die Praxis. Johann Heinrich von Thünen-Institut.
- Eckes, C., & Dieckmann, J. (2021). Engagementförderung und Demokratieförderung in ländlichen Räumen – Was sagt die Forschung? In A. Klein, R. Sprengel & J. Neuling (Hrsg.). *Zivilgesellschaft in der Corona-Krise und ihre Gestaltungsaufgaben* (S. 96–102). Wochenschau Verlag: BBE Jahrbuch Engagementpolitik 2021.
- Forschungsgesellschaft für Gerontologie / Institut für Gerontologie an der TU Dortmund (FFG). (2012). Senioren als Zielgruppe ehrenamtlichen Engagements im Zivil- und Katastrophenschutz. Kurzstudie im Auftrag des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe. http://www.ffg.tu-dort-mund.de/cms/de/Projekte/Abgeschlossene_Projekte/2012/Senioren-im-Katastrophenschutz/Senioren-im-KatastrophenschutzBerichtfinal.pdf
- Forsthooff, E. (1938). *Die Verwaltung als Leistungsträger*. Kohlhammer
- Freise, M., & Zimmer, A. (2019). *Zivilgesellschaft und Wohlfahrtsstaat im Wandel. Akteure, Strategien und Politikfelder*. SpringerVS.
- Freise, M., & Walter, A. (2021). *Miteinander füreinander. Zivilgesellschaft in Nordrhein-Westfalen*. Aschendorff.
- Hacket, A. & Mutz, G. (2002). Empirische Befunde zum bürgerschaftlichen Engagement. *Aus Politik und Zeitgeschichte (A-PUZ B9/2002)*, 39–49.
- Hameister, N., Müller, D., & Ziegelmann, J.P. (2016). Zeitlicher Umfang, Häufigkeit und biographische Dauer des freiwilligen Engagements. In J. Simonson, C. Vogel & C. Tesch-Römer (Hrsg.). *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Freiwilligensurvey 2014* (S. 329–348). BMFSFJ.
- Haunstein, St. (2019). Bürgerschaftliche Verantwortungsübernahme in ländlich-peripheren Räumen. Eine kritische Auseinandersetzung am Beispiel genossenschaftlicher Dorfläden. In M. Mießner & M. Naumann (Hrsg.). *Kritische Geographien ländlicher Entwicklung. Globale Transformationen und lokale Herausforderungen*. (S. 266–277). Westfälisches Dampfboot.
- Henneke, H.-G. (2009). Die Daseinsvorsorge in Deutschland – Begriff, historische Entwicklung, rechtliche Grundlagen und Organisation. In A. Krautscheid (Hrsg.). *Die Daseinsvorsorge im Spannungsfeld von europäischem Wettbewerb und Gemeinwohl. Eine sektorspezifische Betrachtung* (S. 17–40). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Institut für Migrationsforschung und interkulturelle Studien (IMIS). (2012). *MigrantInnen als Zielgruppe ehrenamtlichen Engagements im Zivil- und Katastrophenschutz. Studie im Auftrag des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe*. <https://www.imis.uni-osnabrueck.de/fileadmin/4Publikationen/PDFs/ZielgruppeMigranten.pdf>
- ISOKIA (2012). *Frauen als Zielgruppe ehrenamtlichen Engagements im Zivil- und Katastrophenschutz. Kurzgutachten im Auftrag des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe*. <http://docplayer.org/954489-Frauen-als-zielgruppe-ehrenamtlichen-engagements-im-zivil-und-katastrophenschutz.html>
- Karnick, N., Simonson, J., & Hagen, C. (2022). Organisationsformen und Leitungsfunktionen im freiwilligen Engagement. In J. Simonson, N. Kelle, C. Kausmann & C. Tesch-Römer (Hrsg.). *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019* (S. 183–202). SpringerVS
- Kausmann, C., & Hagen, C. (2022). Gesellschaftliche Bereiche des freiwilligen Engagements. In J. Simonson, N. Kelle, C. Kausmann & C. Tesch-Römer (Hrsg.). *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019* (S. 95–124). SpringerVS
- Kelle, N., Kausmann, C., & Arriagada, C. (2022). Zeitlicher Umfang und Häufigkeit der Ausübung der freiwilligen Tätigkeit. In J. Simonson, N. Kelle, C. Kausmann & C. Tesch-Römer (Hrsg.). *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019* (S. 167–182). SpringerVS.
- Kersten, J., Neu, C. & Vogel, B. (2019). Gleichwertige Lebensverhältnisse – für eine Politik des Zusammenhalts. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 46/2019, 4–8.
- Kietzmann, D., Bischoff, M. & Schmidt, S. (2016). Motivationale Aspekte ehrenamtlichen Engagements im Zivil- und Katastrophenschutz in ländlichen Regionen. In M. Herbst, F. Dünkel & B. Stahl (Hrsg.). *Daseinsvorsorge und Gemeinwesen im ländlichen Raum* (S. S. 81–91). SpringerVS.
- Kleiner, T.-M., & Klärner, A. (2019). Bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen. Politische Hoffnungen, empirische Befunde und Forschungsbedarf. Thünen Working Paper 129. Johann Heinrich von Thünen-Institut.
- Kokorsch, M., & Küpper, P. (2019). Trends der Nahversorgung in ländlichen

- Räumen. Thünen Working Paper 127. Johann Heinrich von Thünen-Institut.
- Krimmer, H., Bork, M., Markowski, L., Gorke, J. (2020). Die Lage des freiwilligen Engagements in der ersten Phase der Corona-Krise: Lokal kreativ, finanziell unter Druck, digital herausgefordert. Zivilgesellschaft in Zahlen (ZIVIZ) im Stifterverband. <https://www.ziviz.de/sites/ziv/files/freiwilligesengagementcoronakrise.pdf>
- Küpper, P., & Tautz, A. (2015). Sicherung der Nahversorgung in ländlichen Räumen Europas: Strategien ausgewählter Länder im Vergleich. *Europa Regional* 21 (3), 138-155.
- Mause, C. (2018). Daseinsvorsorge. In R. Voigt (Hrsg.), *Handbuch Staat* (S. 415-421). Springer Nature.
- Mehlert, C., & Schiefelbusch, M. (2018). Rufbus meets Mobility 4.0. *Der Nahverkehr* 10/2018, 29-33.
- Meier, P., Beinke, J. H., & Teuteberg, F. (2017). Digitale Transformation multifunktionaler Dorfläden durch User-Centered Design. *HMD Praxis der Wirtschaftsinformatik* 54 (5), 672-686.
- Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen (MHKBG NRW). (2022). Kommunale Aufgaben <https://www.mhkgb.nrw/themen/kommunales/wer-macht-was>
- Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (IM NRW). (2017). Feuerwehrensache – Förderung des Ehrenamts der Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen. Abschlussbericht. www.im.nrw/sites/default/files/media/document/file/IMFeuerwehraFeuerwehr-abschl0.pdf.
- Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (IM NRW). (2020). Gefahrenabwehr in Nordrhein-Westfalen. Jahresbericht 2019. <https://www.im.nrw/system/files/media/document/file/gab2019-0412.pdf>
- Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen (IM NRW). (2021). Gefahrenabwehr in Nordrhein-Westfalen. Jahresbericht 2020. <https://www.im.nrw/system/files/media/document/file/gabimnrw2020.pdf>
- Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (MULNV NRW). (2022). Ländliche Räume. <https://www.umwelt.nrw.de/landwirtschaft/laendlicheraume>
- Mörner, M. von, & Boltze, M. (2018). Sammelverkehr mit autonomen Fahrzeugen im ländlichen Raum. *Der Nahverkehr* 11/2018, 6-12.
- Nadler, R. (2017). The Elephant in the Room. Über das Verhältnis von demographischem Wandel, Daseinsvorsorge und zivilgesellschaftlichem Engagement in Deutschland. *Raumforschung und Raumordnung* (75), 499-512.
- Neu, C. (2009). Daseinsvorsorge – eine Einführung. In C. Neu (Hrsg.), *Daseinsvorsorge: Eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung* (S. 9-19). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Neu, C. & Nikolic, L. (2015). Versorgung im ländlichen Raum der Zukunft: Chancen und Herausforderungen. In U. Fachinger & H. Künemund (Hrsg.), *Gerontologie und ländlicher Raum* (S. 185-206). Springer Fachmedien.
- Neumeier, S., & Kokorsch, M. (2021). Supermarket and discounter accessibility in rural Germany – identifying food deserts using a GIS accessibility model. *Journal of Rural Studies* 86, 247-261.
- Normenkontrollrat Baden-Württemberg (NKR). (2019): Entbürokratisierung bei Vereinen und Ehrenamt. Empfehlungsbericht des Normenkontrollrats Baden-Württemberg <https://www.normenkontrollrat-bw.de/fileadmin/normenkontrollratBW/Dokumente/191204NKRBWEntbuerokratierungbeiVereinenundEhrenamt.pdf>
- Oswalt, P., Rettich, S., Roost, F., Meyer, L., Böker, F., & Jeckel, E. (2021). Bauen für die neue Mobilität im ländlichen Raum – Anpassung der baulichen Strukturen von Dörfern und Kleinstädten im Zuge der Digitalisierung des Verkehrs. BBSR-Online-Publikation 13/2021.
- Pechtl, H. (2016). Einkaufsgewohnheiten und Versorgungszufriedenheiten im ländlichen Raum. In M. Herbst, F. Dünkel & B. Stahl (Hrsg.), *Daseinsvorsorge und Gemeinwesen im ländlichen Raum* (S. 151-162). Springer VS.
- Pitz, T., Sickmann, J., Gardian, W., Alkas, H. & Bruder, I. (2017). Mobilität im ländlichen Raum: Untersuchung der Motivation für ein ehrenamtliches Engagement in Bürgerbusvereinen. *Zeitschrift für Verkehrswissenschaft* Jg. 88 (3), 232-266.
- Planck, U., & Ziche, J. (1979). *Land- und Agrarsoziologie. Eine Einführung in die Soziologie des ländlichen Siedlungsraumes und des Agrarbereichs*. Verlag Eugen Ulmer.
- Priemer, J., Krimmer, H., & Labigne, A. (2017). Vielfalt verstehen. Zusammenhalt stärken. ZiviZ-Survey 2017. Edition Stifterverband.
- Pro Bürgerbus NRW (2017). *Verlässlich. Persönlich. Nah. Bürgerbusse in NRW*.
- Pro Bürgerbus NRW (2021). *Bürger fahren für Bürger. Leitfaden für die Einrichtung und den Betrieb von Bürgerbussen*.
- Rauh, J., & Rauch, S. (2019). Konzeptionelle Überlegungen zu fußläufigen GIS-gestützten Erreichbarkeitsanalysen in der Nahversorgung in ländlichen Räumen. In C. Neiberger & P. Pez (Hrsg.), *Einzelhandel und Stadtverkehr. Neue Entwicklungstendenzen durch Digitalisierung und Stadt*

- gestaltung (S. 37–50). University Press.
- Räbiger, M. (2020). Bürgerschaftlich getragene Dorfläden und ihre Herausforderungen: Befunde einer fallstudienbasierten Untersuchung zum Scheitern solcher Initiativen. *Europa Regional* 26 (3), 40–54.
- Rückert-John, J. (2005). Bürgerschaftliches Engagement. In S. Beetz, K. Brauer & C. Neu (Hrsg.). *Handwörterbuch zur ländlichen Gesellschaft in Deutschland* (S. 25–32). VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Sachße, C. (2002). Traditionslinien bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. *Aus Politik und Zeitgeschichte*. B9/2002, 3–9.
- Schatz, T., Vogel, K., Kußmann, P., Reinboth, C., & Fischer-Hirchert, U. (2021). *Digishop Harz Dorfläden 2.0: Machbarkeitsstudie*. Hochschule Harz.
- Schiefelbusch, M., & Kreinberger, M. (2020). Bürgerfahrdienste als soziales Mobilitätsangebot. *Der Nahverkehr* 6/2020, 30–36.
- Schiefelbusch, M. (2016). German Experiences with Volunteer-Based Paratransit and Public Transport. In N. Mulley (Hrsg.). *Paratransit. Shaping the Flexible Transport Future* (S. 77–102). Emerald Publishing.
- Schöneborn, C. (2019). Ehrenamt in Feuerwehr und Katastrophenschutz. *Städte- und Gemeinderat* 05/2019, 16–19.
- Schröder, C., & Walk, H. (2014). Die neue (und alte) Attraktivität von Genossenschaften. Eine Einführung. In Ders. (Hrsg.). *Genossenschaften und Klimaschutz. Akteure für zukunftsfähige, solidarische Städte* (S. 11–30). Springer VS.
- Simonson, J., Kelle, N., Kausmann, C. & Tesch-Römer, C. (2022). *Freiwilliges Engagement in Deutschland*. Springer VS.
- Sonderegger, R., Imhof, S., Arx, W. von, & Frölicher, J. (2019). Selbstfahrende Fahrzeuge im ländlichen Raum. *Der Nahverkehr* 4/2019, 57–62.
- Steinführer, A. (2015). Bürger in der Verantwortung. Veränderte Akteursrollen in der Bereitstellung ländlicher Daseinsvorsorge. *Raumforschung und Raumordnung* 73 (1), 5–16.
- Steinführer, A., Osigus, T., Küpper, P., Neumeier, S. & Kreis, J. (2018). Ländliche Räume im Fokus: der Landatlas als neue Informationsplattform. In G. Meinel, U. Schumacher, M. Behnisch & T. Krüger (Hrsg.). *Flächennutzungsmonitoring X. Flächenpolitik – Flächenmanagement – Indikatoren* (S. 153–160). Rhombos, IÖR Schriften.
- Steinrück, B., & Küpper, P. (2010). Mobilität in ländlichen Räumen unter besonderer Berücksichtigung bedarfsgesteuerter Bedienformen des ÖPNV. *Arbeitsberichte aus der VII-Agrarökonomie*, 2/2010, Johann Heinrich von Thünen-Institut.
- Trostoff, B. (2017). *Regional, kooperativ, wandelbar: Ansätze zur Sicherung der Daseinsvorsorge in schrumpfenden Regionen: Ergebnisse eines Planungsprojektes in Thüringen*. In C. Schlump, & B. Zaspel-Heisters (Hrsg.). *Neue Leitbilder für die Raumentwicklung in Deutschland. Rahmenbedingungen, Entwicklungsstrategien und Umsetzungskonzepte* (S. 4–23). *Arbeitsberichte der ARL Band 19*.
- Walk, H. (2019). Genossenschaften als alte und neue Player. In M. Freise & A. Zimmer (Hrsg.). *Zivilgesellschaft und Wohlfahrtsstaat im Wandel. Akteure, Strategien, Politikfelder* (S. 123–142). Springer VS.
- Walter, A. (2016). *Administrative Governance. Kommunalverwaltung in lokaler Politikgestaltung mit Zivilgesellschaft*. Springer VS.
- Walter, A. & Freise, M. (2020). Was folgt aus dem Dritten Engagementbericht? Empfehlung an die Politik: Strukturelle Engagementförderung weiter ausbauen! *BBE Newsletter Nr. 24/3*. 12.2020
- Walter, A. & Freise, M. (2021). Hat die Corona-Pandemie das bürgerschaftliche Engagement verändert? *Demokratie im Ausnahmezustand – E-Papierreihe der Friedrich-Ebert-Stiftung* <https://www.fes.de/forum-politik-und-gesellschaft/artikelseite-news-slider/demokratie-im-ausnahmezustand>
- Walter, A., & Schönfeld, A. (2021). Wenn Freiwillige für Führungspositionen in der Feuerwehr fehlen: Herausforderungen aus Sicht von Aktiven und Handlungsempfehlungen für Kommune und Feuerwehr. *Der öffentliche Dienst* 10/2021, 241–249.
- Wendekamm, M. & Matzke, M. (2015). Das Ehrenamt im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz. In H.-J. Lange & C. Gusy (Hrsg.). *Kooperation im Katastrophen- und Bevölkerungsschutz* (S. 289 – 304). Springer VS.
- Wenzel, D., Beerlage, I. & Springer, S. (2012). Motivation und Haltekraft im Ehrenamt. Die Bedeutung von Organisationsmerkmalen für Engagement, Wohlbefinden und Verbleib in Freiwilliger Feuerwehr und THW. *CENTAURUS Verlag & Media KG*.
- Zibell, B., Revilla Diez, J., Heineking, I., Preuß, P., Bloem, H., & Sohns, F. (2015). Zukunft der Nahversorgung in ländlichen Räumen: Bedarfsgerecht und Maßgeschneidert. In U. Fachinger & H. Künemund (Hrsg.). *Gerontologie und ländlicher Raum. Lebensbedingungen, Veränderungsprozesse und Gestaltungsmöglichkeiten* (S. 141–166). Springer VS.
- Zimmer, A. (2007). Vom Ehrenamt zum Bürgerschaftlichen Engagement. In L. Schwalb & H. Walk (Hrsg.). *Local Governance – mehr Transparenz und Bürgernähe?* (S. 95–108). VS Verlag für Sozialwissenschaften,
- Zistel, M., Rehse, S., & Linnenbrink, W. (2020). Stärkung des ÖPNV auch auf dem Land möglich. *Der Nahverkehr* 9/2020, 31–36.